Einzelverkaufspreis : 1.50 mark incl. 5,5 % mwst

Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 102 22.11.1975

D 22354 C

INLAND

bleidenstadt	streikende entlassen – polizeieinsatz	-1-
offenbach	einstündiger warnstreik der städt.arbeiter in offenbach	-1-
aachen	"klenkes" – stadtzeitung von unten	-1-
frankfurt	eine ganz plötzliche strassenbahnaktion	-2-
stuttgart	haushaltskürzungen bedrohen jugendarbeit	-2-
berlin	keilerei in der universität	-3-
berlin	zwei ausgaben des info-bug beschlagnahmt	-3-
mannheim	soldaten demonstrierten gegen § 218 -disziplinarstrafe-	-3-
bonn	"informationsstelle lateinamerika e.v." gegründet	-4-
frankfurt	solidarität mit dem nationalen befreiungskampf in oman	-4-
münchen	kampagne zur unterstützung der kampagne für K.H.Roth	-4-
asperg	zwangsernährung von huber - verteidigergespräch wird überwacht	-5-
frankfurt	diagnose ohne vernünftige untersuchung	-6-
rottenburg	redaktion der gefangenenzeitung "Das Fenster" abgesetzt	-6-
frankfurt	zum unfall im atomkraftwerk gundremmingen	seite 20

AUSLAND

frankfurt	die medien in der portugiesischen revolution	-8-
frankfurt	probleme und programme bei radio renascença	-9-
hamburg	hausbesetzung in oslo	-10-
mailand	aktion der brigate rosse gegen die confindustria	-10-
new york	der panama-kanal	-10-
frankfurt	die unterdrückung in kolumbien wird verschärft	-11-
lima	offensive gegen gewerkschafter	-12-
san francisco	fortschritte für die united farmworkers	-12-
new york	abtreibungen legal, aber unmöglich	-13-
new york	herzattacken wegen der pille ?	-13-

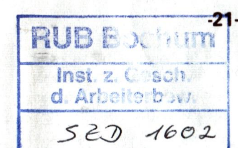
ERKLÄRUNGEN

frankfurt	die SPD und ihre demokratie	-13-
havanna	"die auswirkungen der repression bedeuten schwere rückschläge"	-14-
köln	zur bombe im kölner bahnhof	-14-

DOKUMENTE

stuttgart	antrag zur aufhebung der isolationshaft	-15-
oberursel	die kämpfe zwischen officials und provos in belfast	-16-
stuttgart	notizen aus stammheim vom 28. oktober	-17-

zu bleidenstadt	fotomontage zum streik bei ELES	-21-


RUB Bochum
Inst. z. Gesch. d. Arbeiterbew.
SED 1602

herausgeber :
frankfurter informations-dienst e. v.
6 frankfurt 90
hamburger allee 45
tel. 0611 / 70 43 52

postadresse :
6 frankfurt 90
postfach 90 03 43

postscheckkonto :
frankfurter informations-dienst e. v.
6 frankfurt 90
nr. 52 52 28 - 602

redaktionsschluß :
donnerstag 20 uhr

verantwortlicher redakteur : f. kern

kontaktzentren :

463 bochum-querenbg
pol. buchladen
im westenfeld
tel. 70 23 36

74 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr. 20

8 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41 b
tel. 280 95 22

schweiz : eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01 / 39 12 67

monatsabo : 6 DM
gegen vorkasse

druck : eigendruck

INLAND

STREIKENDE ENTLASSEN – POLIZEIEINSATZ

BLEIDENSTADT (ID) 20. November — Der Streik in der Strumpffabrik Eles läuft jetzt seit vier Wochen (s. ID 100/101). Die Situation hat sich weiter zugespitzt. Am Freitag, dem 14.11. erscheinen zwischen 6.00 und 7.00 Uhr morgens 10 Polizisten und zwei Hundeführer, um die Diskussionen der Streikenden mit den Streikbrechern zu stören. Eine Kollegin wurde von einem Hund gebissen, einer anderen wurden Sachen beschädigt. Mit Hilfe der Polizei gelangten die Streikbrecher – wie bisher jeden Morgen – unter Schmährufen und Pfiffen aufs Werksgelände. Gegen 11.00 Uhr des gleichen Tages verirren sich Kripobeamte ins Streiklokal, "um nach dem Rechten zusehen". Als sie auf den unverschämten Einsatz der Hundeführer auf die Streikenden angesprochen werden, ist ihre Antwort: "An den Einsatz von Hunden wird man sich in Zukunft bei Streiks gewöhnen müssen."

Am Abend, bei Betriebsschluß, zeigt die Polizei, was sie zur Unterstützung von Szor (Chef der Eles) alles leisten kann: eine Hundertschaft in voller Ausrüstung hält den Streikbrechern den Weg aus dem Werk frei. Damit sind doppelt so viel Polizisten wie Streikende vor dem Werk. Von diesem Tag an erscheinen täglich bei Arbeitsbeginn und –ende diese neuen uniformierten Mitarbeiter von Szor und postieren sich in Wartestellung zwei Straßen vom Werk entfernt.

Am Donnerstag, den 20.11. wird im Zuge eines neuerlichen Polizeieinsatzes zur Unterstützung der Streikbrecher ein junger deutscher Zuschauer verhaftet. Über sein Verbleiben bei der Polizei war bis Redaktionsschluß nichts zu erfahren.

Am Dienstag, dem 18.11. flattert der Streikleitung ein Brief der Geschäftsleitung "Eles" ins Haus. Er bezieht sich auf deren lächerliches Angebot (s. ID 101), worin damals schon die "lösende Aussperrung" angekündigt wurde. "Dieses Warnsignal" so die Geschäftsleitung, "wurde nicht beachtet. Die Entwicklung ist am Betrieb nicht spurlos vorübergegangen. Die Konkurrenz hat darauf gewartet, zahlreiche Kunden sind abgewandert...... Die Geschäftsleitung sieht sich deshalb gezwungen, den Betrieb zu verkleinern. Durch Rationalisierungsmaßnahmen fallen die Arbeitsplätze der streikenden Arbeitnehmer ersatzlos weg...... Damit sind die Arbeitsverhältnisse der Streikenden beendigt. Sie werden bei der Krankenkasse abgemeldet." – aber, der Streik geht auf jeden Fall weiter!

EINSTÜNDIGER WARNSTREIK DER STÄDTISCHEN ARBEITER IN OFFENBACH

OFFENBACH (ID) 20. November — Am 20.11. versammelten sich rund 600 - 700 Arbeiter der Stadtwerke Offenbach vor dem Rathaus, um gegen die geplante Streichung der übertarifli chen Zulagen zu protestieren. Ihnen soll u.a. die Gefahrenzulage, Schmutzzulage, Urlaubsgeld, insgesamt 19 Zulagen gestrichen werden. Dies bedeutet einen Lohnausfall für jeden Arbeiter von etwa DM 1,-- pro Stunde. Die Arbeiter waren zum Teil mit Müllwagen, Kehrmaschinen etc. erschienen. Mit Parolen wie : "Hände weg vom Lohn der Kleinen" und "Da steigt uns wahrhaftig der Kamm, die spiele all das Unschuldslamm, Herr Buckpe(s)ch gab uns sein Versprechen, jetzt will er leider sein Wort breche" demonstrierten sie ihre Bereitschaft, die Streichungen nicht widerstandslos hinzunehmen. (Buckpesch ist Oberbürgermeister der Stadt Offenbach). Ein Sprecher des Gesamtpersonalrates dankte den Arbeitern für ihre Unterstützung zu den am gleichen Tag stattfindenden Verhandlungen mit dem Magistrat. Die "Warnstunde" wurde von den Arbeitern als unbezahlte Arbeitszeit in Kauf genommen.

„KLENKES" – STADTZEITUNG VON UNTEN

AACHEN (ID) 20. November — Seit einigen Monaten gibt es in Aachen den „Klenkes", die „Zeitung der Aachener Bürgerinitiativen". Das hat mehrere Gründe.

In Aachen existieren eine Menge basisdemokratischer Aktivitäten in vielen Bereichen (Stadtviertel, Jugendzentren, Frauenzentrum, Kommunale Versorgung, Schulen, Betriebe, Hochschulen). Diese arbeiten und arbeiteten z.T. noch ziemlich isoliert voneinander. Außerdem hatten sie meist enorme Schwierigkeiten, sich in der Lokalpresse Gehör zu verschaffen.

Denn wenn es bisher noch drei „große" Lokalzeitungen in Aachen gab, so sind es jetzt nur noch zwei, und diese beiden praktizieren eine sehr weitgehende Kooperation (gemeinsamer Verlag usw.). Ganz Aachen droht bald ausschließlich durch die schwarze Presse-Brille zu sehen.

In dieser Situation entwickelten Leute, die einerseits aus den erwähnten Basisaktivitäten und andererseits aus der Studentenbewegung kamen, die Idee einer Stadtzeitung. Wir taten uns zusammen und konkretisierten das Projekt. Dabei diente in vielen Punkten die Konzeption und Praxis des „Kölner Volksblattes" als Vorbild. Im Juli 1975 schließlich erschien dann die erste Nummer des „Klenkes".

Der Name kommt vom kleinen Finger, der aus einer geballten Faust emporgereckt ist, das ist das Aachener „Nationalitätenzeichen", so wie in Berlin der Bär und in Düsseldorf der Radschläger. Wir wollten damit den Charakter dieser Zeitung als Blatt von Aachenern für Aachener deutlich machen.

Unser Konzept sieht vor, die Betroffenen bzw. die aktiven Mitglieder von basisdemokratischen Gruppen direkt zu Worte kommen zu lassen. Entweder schreiben sie die Artikel selbst, oder aber die Redaktion hilft ihnen dabei oder macht Vorschläge für Artikel, wobei dann wiederum Abdruck nur nach Abstimmung mit den Betroffenen erfolgt.

Wir haben inzwischen eine eigene Druckerei eingerichtet, und einen Verlag gegründet, in dem neben der erwähnten Zeitung auch der „TH-Klenkes" nur für die Aachener Hochschulen erscheint.

Im September erschien eine „Klenkes"-Sondernummer zu den Fahrpreiserhöhungen in Aachen, im Oktober die zweite reguläre Nummer. Ab Dezember wird der „Klenkes" regelmäßig jeden Monatsanfang erscheinen und auch an Kiosken und in Zeitschriftenläden erhältlich sein.

Bei all dem stecken wir noch in einer Reihe von Schwierigkeiten: die Organisierung der gesamten Arbeit spielt sich erst nach und nach ein, Informationen beschaffen, Artikel schreiben bzw. diskutieren, Layout und Druck, Vertrieb usw. Das Büro erfordert einen regelmäßigen Ladendienst, ein Archiv soll aufgebaut werden. Und die Finanzen müssen stimmen.

Aber der Aufwand scheint sich zu lohnen. Auf Anhieb konnten bisher jedesmal ca. 3.000 Exemplare an die Frau und den Mann gebracht werden. Viele Gespräche mit Aachener Bürgern beim Verkauf auf der Straße und in den Kneipen bestätigten die Notwendigkeit und Richtigkeit unseres Projektes. Natürlich gibt es dabei auch oft eine Menge Frust, wenn man bei vielen Leuten auf generelle Ablehnung und Desinteresse stößt. Aber andererseits sind wir oft erstaunt, eine wie positive Resonanz wir finden und was alles so bei persönlichen Gesprächen herauskommt. Vielfach werden uns da Erfahrungen berichtet, die es wert wären, weitervermittelt zu werden. Aber leider haben die Betreffenden meist Angst davor, daß so was in die Zeitung kommt. Sie fürchten dann Schwierigkeiten oder Repressalien oder aber halten ihre Erfahrungen einfach für zu unwichtig.

Trotzdem: wir sind selbst immer wieder erstaunt, was in einer Stadt wie Aachen so alles läuft und wo überall sich Widerstand gegen alle Arten von Schweinereien regt. Das Problem besteht nicht darin, den zur Verfügung stehenden knappen Platz optimal zu füllen, den „Klenkes" vollzukriegen, sondern darin, den zur Verfügung stehenden knappen Platz optimal zu füllen.

Hoffentlich klappts!

Kontaktadresse: „Klenkes" Aachener Bürgerinitiativen berichten, Verlag und Redaktion, 51 Aachen, Oppenhoffallee 107.

EINE GANZ PLÖTZLICHE STRASSENBAHNAKTION

FRANKFURT (ID) 18. November

Zwei lauwarme Sommer lang wurde in Frankfurt gegen den neuen Verkehrsverbund FVV und Fahrpreiserhöhungen geschrieben, demonstriert und gekämpft,und mitten im November passiert so etwas: An der Bockenheimer Warte hält die Linie 24 in Richtung Westbahnhof. Mit viel Gepolter und lauten Rufen steigen alle Fahrgäste aus. Sie hatten schon seit langer Zeit in der Stadt auf einen Anschluß nach Ginnheim gewartet. Per Lautsprecher wurde ihnen gesagt, sie müßten umsteigen und auf die Linie 8 warten, die dann irgendwann später nach Ginnheim führe.

Doch diese Art von Vertröstung, für die laufend "um Verständnis gebeten" wird, kam heute bei den "lieben Fahrgästen" ganz und gar nicht an. Sie bestürmten die etwas schmächtige Fahrerin und einen anderen Straßenbahnoffiziellen. "Wir warten jetzt schon seit zwei Stunden auf die Bahn – Straßenbahnfahren ist eh so teuer und jetzt sollen wir hier stundenlang rumstehen, des geht net!"

Eine Gruppe Frauen mit Einkaufstaschen und ein Mann stellen sich schimpfend direkt vor die Bahn auf die Schienen: "Was willste dann, hier steht doch aane, nemm doch die!" – die Fahrerin fummelt nervös am Funkgerät herum. Immer mehr Fahrgäste kommen vor und stellen sich auf die Schienen. Plötzlich ruckt die Bahn an und [illegible]gelt schrill. Eine Frau springt entsetzt zur Seite und ruft: "O Gott, jetzt fährt sie los". Eine andere recht stämmige Frau, bleibt unbeweglich stehen: "das wollen wir mal sehen, ob die fährt – ich bleib hier!". Bis auf Tuchfühlung kommt die Bahn heran und bleibt dann tatsächlich stehen. Bei den Leuten, die bis dahin einfach nur sauer und wütend waren, kommt zum ersten Mal so etwas wie Freude auf. "Los, kommt alle auf die Schienen!", – nach kurzer Zeit sind etwa 40 Fahrgäste vorn, man wartet ab, was passiert. Andere Leute stellen sich mit dazu. Die vielen Studenten, die an dieser uninahen Haltestelle warten, bleiben meist stumm und unbeteiligt stehen – kapieren nichts oder sind einfach zu blöd.

Ungefähr eine viertel Stunde bleibt das so. Einige rufen: "Ginnheim, Ginnheim", aber für einen Sprechchor reicht es nicht. Schließlich kommt tatsächlich als nächste die Linie 8 nach Ginnheim und löst die Blockade auf, grad wo sie am schönsten war. Die Leute steigen laut und irgendwie selbstbewußt ein. Einer ruft noch: "Jetzt mußt grad noch ein Kontrolleur kommen."

HAUSHALTSKÜRZUNGEN BEDROHEN JUGENDARBEIT

STUTTGART/TÜBINGEN (ID) 18.November

In Stuttgart und Tübingen stehen den Jugendhäusern schwere Zeiten bevor. Der Stuttgarter Stadtrat wie der Tübinger Landkreis wollen im Zuge „notwendiger Sparmaßnahmen" die Mittel für die offene Jugendarbeit kürzen. Für die Jugendhäuser beider Städte hätte dies schwerwiegende Folgen.

In Stuttgart soll der Haushalt der Jugendhaus e.V. um 15 Prozent gekürzt werden. Für die Jugendarbeit, die ohnehin noch nicht ausreichend ist, würde dies bedeuten: Entweder es müssen Jugendhäuser geschlossen oder aber Mitarbeiter entlassen werden.

Die Mitarbeiter der Jugendhaus e.V., der in den 24 Jahren seines Bestehens über 20 Jugendhäuser eingerichtet hat, haben in der Woche vom 8. bis 14.November mit Informationsständen, in Flugblättern, einer Demonstration und einer Podiumsdiskussion auf die drohende Kürzung (die erste Lesung des Haushalts ist am 24.November) und die Situation der Jugendlichen hingewiesen: Arbeitslosigkeit, sinkendes Selbstbewußtsein, steigende Jugendkriminalität, Verschärfung der Familienkonflikte, steigende Alkohol- und Drogenflucht und kaum noch eine Lebensperspektive.

Die angekündigten Sparmaßnahmen haben, so ein Mitarbeiter, zu einer gewissen Verunsicherung und Beunruhigung bei den Mitarbeitern geführt. Enttäuschung und Wut auch bei den Jugendlichen, die bei einer eventuellen Schließung nicht mehr wissen, wo sie ihre Freizeit verbringen sollen.

Ganz ähnlich sieht die Situation in Tübingen aus. Auch hier will das zuständige Gremium, der Landkreis, die Mittel kürzen. DieJugendlichen und Mitarbeiter der drei Jugendhäuser haben einen offenen Brief an Landrat Gfrörer, Oberbürgermeister Schmid und die entsprechenden Fraktionen in Gemeinderat und Kreistag adressiert:

„In Tübingen gibt es 11 000 Jugendliche im Alter von 14 bis 25 Jahren (ohne Uni). Wir haben Freizeit zur Verfügung, aber wenig Geld. Was aber wird uns in dieser Freizeit geboten? Einerseits steht da der traditionelle Freizeitbereich (die Vereine, die Kirchen), – sie erfüllen spezialisierte Bedürfnisse. Andererseits das kommerzielle Angebot durch Diskotheken, Lokale, Kino usw.

In den letzten Jahren hat sich für uns Jugendliche die Situation entscheidend verändert. Der Leistungsdruck in der Schule und in der Lehrstelle hat sich erheblich verschärft. Dazu kommt die Arbeitslosigkeit. Allgemein und für jeden spürbar, der Konkurrenzkampf hat zugenommen. Daraus ergibt sich eine andere Freizeitlage.

– Manche von uns sind von der Arbeitslosigkeit betroffen.
– Wir brauchen einen Treffpunkt, an dem wir unsere Probleme in selbstgestalteter Umgebung besprechen und, wenn nötig, gemeinsam aktive Lösungen angehen können.
– Manche unter uns benötigen konkrete Langzeithilfen,damit sie nicht in die Kriminalität bzw. in die harte Drogenscene ausweichen.

Dieser Treffpunkt kann in den Jugendhäusern, die im Rahmen der städtischen Offenen Jugendarbeit in Tübingen betrieben werden, zumindest teilweise ermöglicht werden. Hier wird die Notwendigkeit der Offenen Jugendarbeit in zwei Schwerpunkten klar:

– Auf der einen Seite als Jugendzentrum in Selbstverwaltung z.B. das Richard-Epple-Haus.
– Auf der anderen Seite als JZ in Mitbestimmung gemeinsam mit Sozialarbeitern – z.B. Jugendforum Waldhäuser-Ost/ Jugendtreff Wanne/JZ Paulinenstraße.

Hier wird uns die Möglichkeit gegeben, uns bei allen Problemen persönlich und konkret zu helfen. (Schule,Familie,Arbeitsplatz, Freunde usw.) Nur wenn wir beide Möglichkeiten haben, ist Offene Jugendarbeit sinnvoll.

Schüttete der Landkreis Tübingen für die Offene Jugendarbeit der Stadt Tübingen 1974 noch 192 000 DM aus, so sind 1975 nur noch 150 000 DM vorgesehen. Käme der Landkreis weiter der Vereinbarung nach, 40 Prozent der anfallenden Kosten dieser Arbeit zu tragen, so könnte die Stadt mit 220 000 DM für 1975 rechnen. Für 1976 gar sieht der Landkreis nur noch 100 000 DM als Zuschuß vor.

So kann der Landkreis seiner im Jugendwohlfahrtsgesetz festgelegten Verpflichtung zur Fürsorge für die Jugend nicht gerecht werden – nicht nur in Tübingen, sondern auch in den Kreisgemeinden, wo es schon zum Teil entsprechende Jugendinitiativen gibt, müssen entsprechend aufgestockte Gelder eingesetzt werden.

Können Sie vertreten, daß dann – vorausgesetzt, der Kreistag beharrt auf seinem Beschluß vom 18.Juni dieses Jahres – erhebliche Mehrkosten für Gefängnisaufenthalte, Resozialisierungsheime, Psychiatrische Landeskrankenhäuser und Release-Zentren entstehen? Daß hier erhebliche Mittel eingespart werden könnten, hat Prof.Lempp vor dem Kreistag klar belegt.

Wie stellen Sie sich die Finanzierung der Jugendhäuser in den nächsten Jahren vor?

Was werden Sie unternehmen, um die Situation der Jugendlichen im Rahmen der Offenen Jugendarbeit zu verbessern?

Wir erwarten hierauf eine öffentliche Stellungnahme!!!"

Jugendtreff Wanne – JZ Paulinenstraße
Jugendforum Waldhäuser-Ost
Richard-Epple-Haus
I.Auftrag: Jürgen Hempel,Tübingen, Jürgensenstraße 30

KEILEREI IN DER UNIVERSITÄT

BERLIN (ID) 18. November — Am Donnerstag, den 6. November, wollte die Gruppe Internationale Marxisten' (Trotzkisten) eine Veranstaltung über ‚Maoismus und Vaterlandsverteidigung' in der Technischen Universität machen. Am gleichen Tag erschienen Flugblätter der KPD/ML und der KPD mit dem Aufruf, diese Veranstaltung zu verhindern. Die GIM rüstete ihren Ordnerdienst vorsichtshalber mit Helmen aus und stellte sich eine Stunde vor Beginn der Veranstaltung vor den Hörsaal, um eine Störung zu verhindern.

Gegen 19.30 Uhr erschienen ca. 200 Mitglieder der KPD's, aus deren Mitte eine Stoßtruppe, bewaffnet mit Steinen und Eisenstangen mit voller Brutalität gegen die Ordner vorging und vier von ihnen krankenhausreif schlug. Danach wurde der Hörsaaleingang blockiert und die KPD's hielten eine anti-trotzkistische Versammlung unter der Losung „Es lebe die VR–China – das Bollwerk der Weltrevolution" ab.

Inzwischen waren etwa 250 bis 300 Leute eingetroffen, um die GIM-Veranstaltung zu besuchen. Nach langem Zögern schloß ein Block Trotzkisten und Spontis die KPDler aus der TU aus. Mitglieder und Sympathisanten der KBW/KHG schauten tatenlos zu. (aus Info Berliner Undogmatischer Gruppen 81, 10.11.75)

ZWEI AUSGABEN DES INFO–BUG BESCHLAGNAHMT

BERLIN (ID) 16.November — Ein größeres Polizeiaufgebot hat am 16. November (Sonntag) die Redaktion des Info Bug (Berliner Undogmatischer Gruppen) besucht. Grund waren die Ausgaben Nr. 80 und 79. Nr. 79 wurde mit der Begründung beschlagnahmt, daß zu den Preiserhöhungen bei den öffentlichen Verkehrsbetrieben in München und Frankfurt berichtet, „und dazu vorgeschlagen (wird), wie dem zu begegnen sei". – Zitat der offiziellen Begründung der Beschlagnahmung.

Die Nr.80 wurde wegen des Titelblatts beschlagnahmt, das eine künstlerisch-satirische Variation einer Sektreklame zeigt. („Molli-Extra" – Für besondere Anlässe)
Die gesamten anwesenden Leute wurden durch vorgefertigte Vorladungen als Zeugen aufs Gericht mitgenommen.

SOLDATEN DEMONSTRIERTEN GEGEN § 218 – DISZIPLINARSTRAFE –

MANNHEIM (ID) 20. November — Am 21. September fand in Bonn eine nationale Demonstration gegen den § 218 statt, an der auch über 200 Soldaten in Uniform teilnahmen. Dafür sollen sie nun bestraft werden.

In Koblenz erhielt der Gefreite Norbert Ruh (Vertrauensmann in der 1./schweres Pionier Bataillon 310 in der Rheinkaserne) eine Disziplinarstrafe von 150 Mark ausgesetzt auf fünf Monate Bewährung. Gleichzeitig wurde ihm seine Absetzung als Vertrauensmann angekündigt.

Der Panzergrenadier Thymo Fischer (1./Panzergrenadier Bataillon 142 Gneisenau-Kaserne, Koblenz) erhielt eine Disziplinarstrafe von 120 Mark und wurde in eine andere Kompanie versetzt.

Sein Vertrauensmann, der zu dieser Disziplinarstrafe gehört werden mußte, erklärte, daß er es richtig findet, daß sich Soldaten an der Demonstration beteiligt haben. Thomas Rauschenbach wurde daraufhin als Vertrauensmann abgesetzt und in eine andere Kompanie strafversetzt.

Der Funker Wolfgang Ayaß (4. Fernmeldebataillon 330 in der Falckenstein-Kaserne Koblenz) erhielt – mit fünf Monaten Bewährung – sieben Tage Disziplinararrest.

Die Antimilitaristische Gruppe Mannheim (AGM) und das Komitee gegen den § 218–Volksentscheid Mannheim fordern dazu auf, Protesterklärungen an die Vorgesetzten der bestraften Soldaten zu senden mit Durchschlag an das Soldaten- und Reservistenkomitee Koblenz c/o Heinz Dillmann, 54 Koblenz, Andernacher Str. 88

Die Adressen sind:

Kommandeur o.V.i.A. des Schweren Pionierbataillons 310, 54 Koblenz, Rheinkaserne,

Chef o.V.i.A. der 1. Kompanie des Panzergrenadierbataillons 142, 54 Koblenz, Gneisenaukaserne,

Chef o.V.i.A. der 4. Kompanie des Instandsetzungsbataillons 320, 54 Koblenz, Rheinkaserne,

Chef o.V.i.A. der 2. Kompanie der Schweren Pionierbataillons 850, 54 Koblenz, Pionierkaserne,

Chef o.V.i.A. der 4. Kompanie des Fernmeldebataillons 330, 54 Koblenz, Falckensteinkaserne.

LINKER SOLDAT VOR DEM KRIEGSGERICHT

LANDAU (ID) 20.November — Roland Veuillet, ehemaliger Soldat in Wittlich/Eifel ist vor dem großen Kriegsgericht der Französischen Armee in Landau, dem Tribunal Permanent des Forces Armee (TPFA), zuständig für die französischen Truppen in der BRD, angeklagt der Desertion für 3 Tage mit einer Höchststrafe von 2 – 5 Jahren Gefängnis.

Veuillet hat im Juni 75 den nationalen Kongreß der Jeunesse Communiste, vergleichbar mit der SDAJ, ohne Erlaubnis seines Kommandeurs besucht, nachdem ihm die Erlaubnis zuerst erteilt und dann entzogen wurde.

Die KP Frankreichs hat volle Unterstützung zugesagt, obwohl sie in der Vergangenheit in allen Fragen der Soldatenkomitees eine äußerst schwankende Haltung gezeigt hat.

NATO WIRBT BEI PÄDAGOGEN

FRANKFURT (ID) 17. November — Pädagogen-Tagung beim NATO-Stab CENTAG in Mannheim-Seckenheim. Das „geistige Zentrum für wehrpolitische Fragen", die Gesellschaft für Wehrkunde lädt „in Übereinstimmung mit dem Regierungspräsidenten in Darmstadt" – der auch die nötige Dienstbefreiung verfügt hat – ein, Fragen zu diskutieren, „die Schulen und Landesverteidigung gemeinsam berühren." Kosten: keine.

Was macht die Lehrer für Militär und Regierung so interessant? Der Landesbeauftragte der Gesellschaft für Wehrkunde, Generalleutnant a.D. Schulz, fällt „zur Einstimmung" gleich mit der Tür ins Haus: „Das Schiksal unserer jungen Männer" sei insbesondere bei den Religionslehrern in schlechten Händen. Auf einen, der die Bw. positiv behandle, kämen 3,4, die die Kriegsdienstverweigerung „mit gewissem propagandistischen Absichten" unterstützen. Trotz aller Bemühungen tappe das Militär im Dunkeln, wieviele Jugendliche man in den Schulen habe ansprechen können. Darum sei man „so dankbar", daß die Lehrer nun hier seien (übrigens nur 40 statt der erwarteten über 60).

Nachdem das mal klargestellt ist, legt der Herr Schulz („Ich hatte die Ehre, im Generalstab des Heeres zu sein") die Linie fest:

a. zuviele Werte waren zu lange selbstverständlich, z.B. Wohlstand und unbegrenzte Weiterbildung,

b. das „Sicherheitsbedürfnis", in der Bevölerung sei gestiegen,

c. Nord- und Südflanke der NATO seien unzuverlässig, nur der Abschnitt Europa Mitte sei „intakt".

Eine große Aufgabe stellt sich hier den Deutschen. Den Amerikanern, die den Atomaren Arm zu schwenken haben, falle es schwer, dieses innenpolitisch zu vertreten. Zu Deutsch: Das Volk hat keine Lust im Atomkrieg unterzugehen und sich dafür vorher noch das letzte Hemd vom Leib stehlen zu lassen.

Kein Wunder, daß in der Stimme dieses Strategen mit dem Kindergesicht Jubel aufklingt, wenn er vom neuesten Stimmungsbericht über die Einstellung der Jugend zur Bw spricht. Absoluter Höchststand derjenigen, welche die Bw für nötig halten und sogar selbst bereit sind, für deren hohe Ziele: Frieden in Freiheit, wie sie die Verfassung vorschreibt,zu kämpfen. Es sei „für den Soldaten höchst erfreulich", daß die Bevölerung derzeit die „innere gefühlsmäßige Reaktion" zeige, „die Sicherheit ist gar nicht so groß". Fast beiläufig dann der Hammer: Die Bundeswehr, sie wird die Frage der „Sicherung unserer Lebensinteressen, die wirtschaftliche Stabilität" zu lösen haben.

Unzufrieden mit den Politikern, mit denen man sich nicht recht verträgt, weil sie immer noch nicht genug Reklame machen für die Bw., haben die Militärs das selbst in die Hand genommen und ihre Kader dafür ausgebildet. Treuherzig stellt das der moderne Jugendoffizier — ein gewisser Oberleutnent Brendel — so dar: Es ist wieder sinnig, was wir Jugendoffiziere machen müssen. Es ist ja grad so, wie wenn ein Kind seinen Eltern rechtfertigen muß, daß sie es geboren haben.

Wenn schon die Politiker nicht zurechtkommen, das System von Unterdrückung und Aggression dem Volk zu verkaufen — wie soll das dann ein Lehrer anstellen? Dafür hatte der Veranstalter eine würdige Persönlichkeit aus den Reihen der Pädagogen selbst gewonnen: einen gewissen Oberstudienrat Jung aus Darmstadt („Ich habe den Auftrag, über Fragen der Landesverteidigung im Unterricht zu sprchen"). Das ging so: Im Nachkriegsdeutschland sind „Tugenden wie Fleiß, Gründlichkeit, Disziplin und Gehorsam, möglicherweise Unterordnung einem Individualismus geopfert worden. Die Jugend hat verlernt, daß nicht der Wohlstand und Lebensstandard, sondern die moralische Anstrengung Sinn des Lebens ist. Auch geschichtslos ist das deutsche Volk. Wurzellos ist die Jugend den Schwankungen des Zeitgeistes ausgesetzt. Da huldige man dem Futurismus, ja der Utopie. Wo doch bekannt ist, daß es das nie geben wird, und daß das leicht in Diktatur übergeht, wenn man dies trotzdem anstrebt".

Als ein Kollege vorsichtig nachfragt, was er da mit Tugenden meint, die „nach dem Krieg" verloren gegangen sein sollen, und darauf hinweist, daß eine unkritische Einstellung zum Militär hundertmal gefährlicher ist, als Kritik und Zweifel, geht es rund: Der Wehrkundler Generalleutnant Schulz geht an die ideologische Front und deckt die anwesenden Kollegen mit einem Flächenbombardement gegen die gefährlichen Elemente unter den Lehrern ein, die bezweifeln, daß die freiheitlich-demokratische Grundordnung wirklich freiheitlich und demokratisch ist und daß die Bw. fest auf ihr steht. Als es einem Kollegen langt und er dazwischenruft: Warum erzählen Sie uns das alles? macht sich zustimmende Entrüstung Luft, doch der Herr General läßt sich nicht aufhalten. Damit ist die Stimmung weg, die meisten Kollegen sind sauer auf den dekorierten Schwätzer, der wieder wird unsicher und reißt die übrige Redezeit an sich, so daß schließlich fast jeder froh ist, als die Sache vorbei ist. Das heißt aber nicht, daß die Kollegen klar sehen, wem die Bw. dient. Es wird genug geben, die sich vorbehaltslos der Lernzielempfehlung des Generals Schulz anschließen:„Die Jugend soll sich sagen: Wir sind bereit, für alles, was unser Leben lebenswert macht, zu kämpfen".

„INFORMATIONSSTELLE LATEINAMERIKA E.V." GEGRÜNDET

BONN (ID) 20.November

Solange die Koordinationsarbeit zwischen den Lateinamerikagruppen schlecht oder gar nicht funktioniert, versucht die„Informationsstelle Lateinamerika (ILA)" das Informationsangebot — Artikel-Zeitschriften-Bücher — zu sammeln und zu vertreiben. Dazu kommt das Projekt eines 14-tägig erscheinenden Informationsdienstes mit wichtigen Ausschnitten der europäischen und lateinamerikanischen Presse.

Die ILA bittet die Lateinamerika-Gruppen ihren Bedarf an einem solchen Pressedienst mitzuteilen und zu sagen,welche Arbeit eine Informationsstelle ihrer Meinung nach übernehmen sollte. Der ILA gehören bisher Mitarbeiter von den Christen für den Sozialismus, Amnesty International, Kinderhilfe Lateinamerika, Juso, Deutsches Komitee zur Unterstützung des Russel Tribunals u.a.m. an.

ILA Informationsstelle Lateinamerika,
5300 Bonn, Buschstraße 20

SOLIDARITÄT MIT DEM NATIONALEN BEFREIUNGSKAMPF DES VOLKES VON OMAN

FRANKFURT (ID) 20. November

Im Rahmen einer Veranstaltungsserie mit einem Vertreter der 'Volksfront für die Befreiung Omans' (PFLO), finden in diesen Tagen in zahlreichen Städten der BRD Solidaritätsaktionen zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Oman statt.

In Frankfurt führt das Nah-Ost-Komitee in Zusammenarbeit mit der CISNU eine Solidaritäts-Großveranstaltung zur Unterstützung des Befreiungskampfes durch, die am 27.11.75 um 19.30 Uhr im Haus Dornbusch, Ffm. 1, Eschersheimer Landstraße stattfindet. Es wird ein neuerer Film gezeigt über die aktuelle Situation des Befreiungskampfes und die Lebensbedingungen des Volkes von Oman. Zur Durchführung dieser Veranstaltung streben das Nah-Ost-Komitee und die CISNU eine breite demokratische Basis auf der Grundlage des PFLO-Aufrufs an. (Der Aufruf kann wegen ID-Redaktionsschluß erst in der nächsten Nummer erscheinen).

KAMPAGNE ZUR UNTERSTÜTZUNG DER FORDERUNGEN FÜR KARL-HEINZ ROTH

BISHER 1.230 UNTERSCHRIFTEN

MÜNCHEN (ID) 20. November

Während der Unterstützungskampagne zur Verbesserung der Haftbedingungen des Gefangenen Arztes und Autors Karl-Heinz Roth (siehe ID 97 „K.H. Roth in Vernichtungshaft, Informationen zu den Haftbedingungen und zur medizinischen Versorgung") haben 1.230 Personen den Aufruf unterschrieben, der folgende Forderungen enthält:

1. Karl-Heinz Roth muß jede Zeitung und jedes Buch zur täglichen Information und zur wissenschaftlichen Arbeit bekommen können; außerdem ist ihm unverzüglich eine Schreibmaschine zur Verfügung zu stellen.
2. Unbeschränkter Briefverkehr, sofortige Besuchserlaubnis für die Verlobte.
3. Alle für die Heilung notwendigen Maßnahmen müssen unverzüglich getroffen werden.
4. Aufhebung der Isolationshaft.

Der Aufruf hat folgenden Wortlaut: „Im Mai 1975 wurde auf einem Parkplatz in Köln Werner Sauber von Polizisten erschossen, der Arzt und Publizist K.H. Roth wurde durch Brust- und Bauchschüsse schwer verletzt, der ebenfalls anwesende Roland Otto wurde festgenommen. Ebenfalls getötet wurde ein Polizist, ein weiterer wurde verletzt.

Laut Haftbefehl sollen K.H. Roth und R. Otto u.a. vollendeter und versuchter Mord zur Last gelegt werden. Nach diesem Ereignis verhängten Polizei- und Ermittlungsbehörden eine absolute Informationssperre, die sich sowohl auf die Einzelheiten des Hergangs, als auch auf die prozessualen Absichten bezieht. Sie dauert bis heute an,und so steht die Öffentlichkeit noch immer unter dem Einfluß einer äußerst widersprüchlichen Presseberichterstattung.

K.H. Roth ist Arzt und Autor mehrerer Bücher: ‚Unwissen als Ohnmacht', ein Studie zur Bildungspolitik in der BRD, ‚Invasionsziel DDR', eine Untersuchung über Infiltrationstechniken der BRD gegenüber der DDR; ‚Die andere Arbeiterbewegung', eine Analyse

und Studie zu den Kampf- und Lebensformen von Arbeiterschichten, die von der bisherigen Geschichtsschreibung kaum beachtet wurden. Außerdem publizierte er in mehreren Zeitschriften und Periodika zu aktuellen und historischen Fragen.

Ein Teil von K.H. Roths engagierter Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit in der BRD und ihrer historischen Wurzeln war seine wissenschaftliche Arbeit. Seitdem K.H. Roth in Haft ist, wird verhindert, daß er weiterhin publizistisch arbeiten kann:

1. Er konnte sich nicht vollständig informieren: K.H. Roth hat vier Monate lang keine Zeitungen bekommen. Auch jetzt bekommt er nur ausgewählte Zeitschriften.

2. Das erste Buch (ein medizinisches Fachbuch) wurde ihm erst nach viereinhalb Monaten zugestellt. Seit dem 3.10.75 soll K.H. Roth über ganze fünf Bücher seiner Wahl verfügen.

3. Der Gebrauch einer Schreibmaschine wurde ihm mit der Begründung untersagt, daß eine Schreibmaschine ‚schlechthin als Waffe gegen Aufsichtsbeamte Verwendung finden könne'.

4. Der Briefwechsel wird verzögert: ein Brief mit Rückantwort dauert in der Regel zwei Monate.

5. Die Briefe von K.H. Roth werden zensiert: Briefe, in denen er auf seine Haftbedingungen eingeht, werden nicht durchgelassen.

6. Selbst der Verlobten wurde die Besuchserlaubnis verweigert, womit zusätzliche psychische Belastungen provoziert werden.

Flankiert werden diese Maßnahmen durch die direkte physische Bedrohung von K.H. Roth durch Polizei- und Vollzugsbehörden:

So wollte die Bundesanwaltschaft den noch lebensgefährlich Verletzten bereits nach vier Tagen Krankenhausaufenthalt außerhalb in ein Gefängniskrankenhaus verlegen, ein bei diesem Zustand lebensgefährliches Unternehmen. Nur der Protest der Ärztekollegen verhinderte diesen ‚legalen' Tötungsversuch.

Auch eine gegen die ärztlichen Regeln verstoßende Verzögerung einer Darmverschlußoperation um 15 Stunden durch den verantwortlichen Arzt des Krankenhauses Holweise brachte K.H. Roth in Lebensgefahr und verschlechterte seine allgemeine Prognose erheblich.

Die dann schließlich doch noch durchgeführte Operation wurde dazu benutzt, den Versuch zu unternehmen, K.H. Roth noch unter Narkoseeinwirkung zu verhören. Außerdem wurde er während des gesamten Aufenthaltes im Krankenhaus Bergmannsheil (Bochum) psychisch unter D[illegible]uck gesetzt: nach der Operation bewachten ihn Tag und Nacht Polizeibeamte mit geschulterten Maschinenpistolen am Krankenbett auf der Intensivstation.

K.H. Roth wird im Gefängnis isoliert: so wird ihm jeder Kontakt zu anderen Gefangenen verhindert, die Nebenzellen sind nicht belegt. Der Hofgang findet immer allein statt, bei der Gesamtfreistunde werden die Fenster seiner Zelle geschlossen. Er ist von sämtlichen Gemeinschaftsveranstaltungen ausgeschlossen. Nachts brennt in der Zelle ununterbrochen das Licht, in unregelmäßigen Abständen finden Kontrollen statt."

1.230 Unterschriften (darunter Mario Adorf, Peter O. Chotjewitz, Prof. Dr. Ossip Flechtheim, Hans Werner Henze, Klaus der Fiedler, Walter Mossmann, Volker Schlöndorff, Verlag Frauenoffensive, Margarethe von Trotta, Angelika Mechtel, Ingrid Zwerenz u.a.)

Die Unterschriften werden dem zuständigen Haftrichter und der Bundesanwaltschaft zugestellt.

ZWANGSERNÄHRUNG VON HUBER – GESPRÄCH MIT VERTEIDIGERN WIRD ÜBERWACHT

ASPERG (ID) Der in Asperg inhaftierte Arzt Wolfgang Huber befindet sich weiterhin im Hungerstreik (siehe dazu ID Nr. 99, 100, 101). Die Rechtsanwälte Jürgen Schiffer und Klaus Croissant, die Huber in Asperg besuchten, konnten kein Verteidigergespräch führen, da das Gespräch vom Landeskriminalamt überwacht wurde. Wolfgang Huber wird täglich zweimal zwangsernährt. Zu seiner Geschichte folgende Informationen durch den Gefangenenrat Frankfurt:

"Dr. W. Huber, bis 1970 Assistenzarzt der psychiatrischen Poliklinik Heidelberg, wurde nach einem kollektiven Hungerstreik im April 1970, dessen Ziel die Sicherung der Weiterführung der von Dr. Huber und seinen Patienten initiierten Therapie für Patienten war, zusammen mit 40 Patienten, von der herrschenden Psychiatrie als Häretiker, Outlaw betrachtet und behandelt, aus der universitätsbezogenen Institution Poliklinik verbannt und ausgestoßen.

Aus dieser Gruppe entwickelte sich das sozialistische Patientenkollektiv, die erste Selbstorganisation von Patienten. Es verstand sich während der kurzen Zeit seines Bestehens als öffentlicher Widerstand gegen pathoplastische Institutionen, als therapeutisches Experiment im Kampf gegen Krankheit und Wahnsinn. Seine Theorie beinhaltet eine Neufassung des Begriffs Krankheit, seine diagnostischen Kategorien orientierten sich an der radikalen Dialektik, seine therapeutische Praxis war die Anwendung des Verwahrlostenprinzips auf die Kernbastionen der gegenwärtigen Gesellschaftsstruktur wie: Klinik, Irrenhaus, Gefängnis und, daraus folgend, das Postulat der vollständigen Patientenkontrolle über krankmachende Institutionen.

Das sozialistische Patientenkollektiv, bedroht, gehaßt, verfolgt von der sich stets aufs neue entlarvenden Gewalt seiner polizeilichen, kultus- und universitätsbürokratischen und nicht zuletzt ärztlichen Gegnerschaft, wurde im Juli 1971 gewaltsam aufgelöst.

Seitdem ist Dr. W. Huber, im November 1972 von der Staatsschutzkammer des Landgerichts Karlsruhe als "Rädelsführer einer kriminellen Vereinigung" verurteilt, in wechselnden Gefängnissen Baden-Württembergs inhaftiert.

Zur Erhaltung seiner Identität und Persönlichkeit, beides von der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland garantiert und als schutzwürdig eingestuft, praktiziert er ein Verhalten, das von der gesamten Gefängnishierarchie unter ausdrücklicher Anleitung der beamteten Ärzteschaft mit Rachejustiz, großen und kleinen Schikanen wie Entzug aller persönlich Gegenstände, Bücher, Radio, Ausschluß von allen Gemeinschaftsveranstaltungen, des weiteren durch Lebensentzug im Sinne von Isolation rund um die Uhr, Sonderbehandlung wie als Quarantäne getarnte Isolation, langsames Verhungernlassen durch Halbierung seiner Essensrationen und den seit drei Monaten unter geradezu grotesken Vorwänden vollzogenen Ausschluß seines Verteidigers, beantwortet wird.

Dr. W. Huber tritt seiner sozialen und physischen Skelettierung durch Redeboykott wie totale Aussageverweigerung, Verbalstreik gegen jede Art Gegner wie Wärter, Knastärzte, entgegen; desweiteren Unterschriftenboykott als Widerstand gegen Zensur und Entmündigung: keine Adressierung von Zensurumschlägen, keine Beantwortung von Briefen auf der Basis von Zensur; in all den vier Jahren kein einziges Mal Unterschreiben von sogenannten "Wunsch- und Rapportzettelchen"; die sind die Knastwährung und funktionieren nach folgendem Prinzip: zunächst wird der Betroffene ausgeplündert, dann muß er das Geplünderte zurückbitten, wobei durch seine Unterschrift nicht mal gewährleistet ist, daß er es zurückbekommt. Also Verkehrung der Notlage in die Notlage, das beständig neue Ausplünderungen drohen. Pervertieren des Geplünderten in einen Schutzmann der Plünderer. Durch Unterschriftenboykott wird den Plünderern die Achtung entzogen. Nichtachtung wirkt kränkend wie Krankheit. Weiterhin: Boykott der Besuchszensur. Seit 2 Jahren keine Besuche mehr, das totale Überwachung, dies ohne Anlaß, d.h. es geht um Brechung, Gewaltverhältnis.

Boykott der Zwangsarbeit. Passiver Widerstand gegen alle, gegen ihn angeordneten Maßnahmen; dies mit allen Konsequenzen einschließlich bleibender Schäden nach Verletzungen. Der sog. "Klingelknopf", auf dessen Betätigung der diensthabende Wärter erscheint, ist für Dr. Huber in der ganzen Zeit nie vorhanden gewesen. Auch in dieser Hinsicht keine Zusammenarbeit mit der Gegenseite.

Keine Entgegennahme von amtlichen Schriftstücken, Urteilen usw. keine Anerkennung und Mitarbeit an der Strafe. Verweigerung, sich ärztlich untersuchen zu lassen. Als Schlußpunkt der bedingungs-

lose Hungerstreik Dieses Verhalten ist ausdrucklich nicht strafbar Der Hungerstreik ist sein letztes Mittel, auf seine Lage aufmerksam zu machen und den ihm zugefugten substanzlosen Irrsinn mit seinen ihm zustehenden Mitteln zu beantworten

12 November 1975 Quelle (Kontaktadresse) Gerhard Schuck, 68 Mannheim, G 7, 24 "

DIAGNOSE OHNE VERNÜNFTIGE UNTERSUCHUNG

(zu KARL-HEINZ BERGNER ID Nr. 101)

FRANKFURT (ID) 20 November Der seit fünf Jahren internierte, als "Querulant" begutachtete und als unter "Verfolgungswahn" leidend diagnostizierte Karl-Heinz Bergner (ID 101 "Verfolgung wurde zum Verfolgungswahn erklärt"), sollte laut Beschluß des Landgerichts Giessen als der Pflege bedurftiger Gebrechlicher behandelt werden, ohne daß eine vernünftige Untersuchung Bergners stattgefunden hatte Der Rechtsanwalt Bergners, der dagegen Beschwerde eingelegt hatte, hat telefonisch mitgeteilt, daß das Oberlandesgericht jetzt den Beschluß des Landgerichts Giessen aufgehoben hat, weil die Diagnose aufgrund minimalster Untersuchung und telefonischer Besprechungen erstellt worden ist

BERICHTIGUNG:

Beim einleitenden Hintergrundbericht zu Karl-Heinz Bergners Bericht aus der Psychiatrischen Haftanstalt Haina (ID 101) ist unbeabsichtigt der Eindruck entstanden, als stamme diese Einleitung und die darin enthaltenen Recherchen aus der Arbeit der ID-Redaktion Richtig ist jedoch, daß der Gefangenenrat Frankfurt den Fall des Gefangenen Bergner aufgegriffen und recherchiert hat und von ihm auch die Einleitung zu Bergners Anstaltsbericht stammt

REDAKTION DER GEFANGENENZEITUNG ABGESETZT

ROTTENBURG (ID) 18 November Im Lokalteil der Südwestpresse – Schwäbisches Tagblatt stand am 15 November 1975 folgender Artikel:

„Ich kann mir hier doch nicht 'ne Revolution ins Haus bringen lassen!" Oberregierungsdirktor Peter von Krause, Chef der Rottenburger (Württemberg) Landesvollzugsanstalt, sah Anfang November rot, als er die Nr 16 der Gefangenenzeitschrift „Das Fenster" zu lesen bekam Auch schon die Ausgabe Nr 15 habe ihm gar nicht gefallen, meinte er Insgesamt sei festzustellen, daß die neue Besetzung der Redaktion versucht habe, massiv die Beamten gegen den Staat auszuspielen Nach Rucksprache mit dem Stuttgarter Justizministerium fackelte der Anstaltsleiter nicht mehr lange In der ersten Novemberwoche setzte er die fünf Häftlinge ab

In seiner Verfügung vom 5 November begründet er diesen bisher in Rottenburg einmaligen Schritt so „Die jetzige Redaktion mißbraucht ihr Amt offensichtlich dazu, Klassenkampf in der Anstalt zu betreiben und für eine Partei zu werben, die lediglich von einer ganz geringen Zahl der Bevölkerung unterstützt wird. Dazu dienen als Mittel klassenkämpferische Parolen und die Verunglimpfung von Personen, die versuchen, im Dienste der Allgemeinheit ihrer Arbeit in der Anstalt nachzugehen. Außerdem wird in versteckter Arbeit zu Widersetzlichkeiten aufgerufen, wenn vom ‚unterdrükkerischen und idiotischen Knastsystem' geschrieben wird."

In der Tat hat sich der Stil der vor zwei Jahren wiedergegründeten Gefangenenzeitschrift in den letzten zwei Ausgaben verändert Schon immer kritisch gegenüber dem Strafvollzug und seinem Alltag eingestellt, wurde das Blatt nun bissiger, politisch-konkreter, persönlicher Dazu kam eine neue Ausdrucksweise, ein neues Begriffssystem Als ein Beispiel dafür folgender Satz „Viele Beamte sind mit den schönsten Vorstellungen und Versprechungen von Resozialisierung, Dienst am Menschen und was weiß ich in ihren Beruf gekommen und finden sich als Schlüsselschwinger in einem reinen Verwahrungsvollzug wieder, wo sie mitansehen mussen, wie reihenweise Leute oft wegen der albernsten Kleinigkeiten auf den Hund kommen Ehen kaputtgehen, Existenzen vernichtet werden, ohne daß sie etwas daran helfen können Ihre idealistischen Vorstellungen sind dabei schnell kaputt und sie versuchen, sich ein dickes Fell zuzulegen Dennoch stinkt es vielen gewaltig, daß sie die Dreckarbeit für ein paar Herren machen müssen, die in Stuttgart oder der Rottenburger Chefetage sich hinter gepolsterten Türen abschirmen, die nie Sonntags- und Nachtdienst machen und die dennoch das Doppelte und Dreifache verdienen "

VON ALLEN UNTERSCHRIEBEN

Die Absetzung der Gesamtredaktion geschah deshalb, weil die von der Anstaltsleitung mißbilligten Artikel auch von der ganzen Redaktion unterschrieben waren Erschienen konnten sie im „Fenster" dennoch, weil nach den Vorfällen mit der Heilbronner Gefangenenzeitschrift "Zu" (ein Richter namens Auwärter spielte hier eine unrühmliche Rolle) das Justizministerium betont hatte, Gefangenenzeitungen würden nicht zensiert Bis dahin hatte der Anstaltslehrer im Rottenburger Knast im Weg der Selbstzensur der Redaktion Artikel auszureden versucht, „die das Verhältnis zwischen Gefangenen und Anstaltsbediensteten unerträglich belasten würden" Das Prädikat „unzensiert" gilt im Land zwar immer noch, andererseits aber doch nicht, wenn sich Ministerium und Anstaltsleiter abgestimmt haben, im Ernstfall eben nicht die Zeitung zu verbieten, sondern die betreffenden Redakteure abzusetzen

„Eine Gefangenenzeitung ist keine Zeitung im üblichen Sinne, sie unterliegt nicht dem Presserecht", schrieb Anstaltslehrer Helge Günther in Nr 15 des „Fensters" „Ihren Redakteuren kann nichts geschehen, wenn sie unrichtige, unwahre oder beleidigende Artikel schreiben Sie riskieren nichts als das Verbot der Zeitschrift "

Die fünf abgesetzten Redakteure nahmen in einer Erklärung Stellung zu ihrer Absetzung „Kann man sagen, daß die Redaktion zu weit gegangen sei Wohl kaum! Vielfach ist sie von Gefangenen kritisiert worden, weil sie noch zu zurückhaltend war Es ist nicht wahr, daß die Redaktion für eine bestimmte politische Partei geworben hatte, wie in der Verbotsverfügung behauptet wird Richtig ist aber, daß in einer Reihe von Artikeln der Gefangenen aufgerufen wurde, Partei zu ergreifen gegen die Verhältnisse, denen sie unterliegen und sich dagegen zu wehren "

Was wird nun mit der Zeitung selbst? Nach Ansicht der abgesetzten Redakteure „sucht die Anstaltsleitung jetzt anscheinend neue Redakteure, die kriecherisch genug sind, um eine Zeitung nach ihrem Geschmack zu machen Sie wird möglicherweise lange suchen müssen, und so lange soll es keine Gefangenenzeitung geben " Anstaltschef von Krause machte keinen Hehl daraus, daß er in Zukunft die Bewerber für einen Redakteursposten in seiner Anstalt sehr genau prüfen wird. Für ihn sei ein Mann etwa, in dessen Akten er eine Straftat aus politischer Motivation (er sagte „gegen unsere Gesellschaft") entdecke, nun von vornherein nicht mehr akzeptabel

Sehr zurückhaltend äußerte sich zu der Problematik der Gefangenenzeitungen sein Vorgesetzter im Stuttgarter Justizministerium, Ministerialdirigent Reuschenbach Weder sei bisher durch Erlaß festgelegt, daß Gefangenenzeitungen unzensiert sein sollen, noch, daß bei Mißfallen Redakteure abgesetzt werden können „Alles ist noch im Fluß," erklärte er Die Anstaltsleiter hätten die aufgetauchten Fragen bereits erörtert, im Ministerium sei man jetzt dabei, diese Überlegungen zu konkretisieren „Wir brauchen hier etwas Schriftliches", meinte er. „Fest steht, daß sich die Gefangenenzeitung nicht loslösen kann vom Geschehen der Anstalt " Die Gefangenenpresse sei für ihn Teil der Gefangenenmitverantwortung, wobei bei den Redakteuren im Gegensatz zu den Gefangenenräten zu berücksichtigen sei, daß sie bisher nicht gewählt werden, sondern sich bewerben

Zum Fall „Fenster" sagte Reuschenbach, die Entscheidung, die die Anstaltsleitung getroffen habe, liege nicht außerhalb der Tendenz dessen, was der Inhalt des zu erwartenden Erlasses sein dürfte "

In derselben Ausgabe der Zeitung ist eine nicht zu übersehende großformatige Anzeige einer Bürgerinitiative „Zeitungsabonnements für Gefangene" (8 München 42, Postfach 720) mit der Überschrift „Im Gefängnis sind Zeitungen noch wichtiger als draußen". In dem Aufruf, „dem Bundespräsident Walter Scheel und viele andere Prominente gefolgt" sind, heißt es unter anderem: „... eine Voraussetzung für die Resozialisierung von Straftätern ist, daß sich die Distanz von Strafgefangenen und der Gesellschaft verringert..."

ALS OB DIE GEFÄNGNIS–ZENSOREN NICHT STÄNDIG LINKE ZEITUNGEN ZURÜCKHIELTEN:

Im Gefängnis sind Zeitungen noch wichtiger als draußen.


Walter Scheel
Bundespräsident


Heinrich Böll
Schriftsteller


Liselotte Funcke
Bundestags-vizepräsidentin


Richard von Weizsäcker
stellv. Fraktionsvorsitzender

Bürgerinitiative „Zeitungsabonnements für Gefangene"
Bundespräsident Walter Scheel und viele andere Prominente sind unserem Aufruf gefolgt.

Sie helfen Gefangenen mit Zeitungs- und Zeitschriftenabonnements – damit diese den Kontakt zur Außenwelt nicht verlieren.
Tun Sie's auch.

1973/74 spendeten 16000 Bürger insgesamt 3500 Abonnements, die heute fast alle abgelaufen sind.
Helfen Sie mit, daß die Aktion auch 1975/76 so erfolgreich wird.


Carmen Thomas
Journalistin


Klasse 13
Gymnasium Schäftlarn


Herbert Wehner
Fraktionsvorsitzender






Dr. Gustav Heinemann
Bundespräsident a. D.


D. Helmut Claß
Landesbischof


Julius Kardinal Döpfner
Erzbischof


Lore Lorenz
Schauspielerin

Strafgefangene können nur selten fernsehen – die Möglichkeit, ein eigenes Radioprogramm auszuwählen ist eingeschränkt. Gefangene sollten aber wissen, was draußen vorgeht, damit sie sich nach der Entlassung zurechtfinden können.

Ohne regelmäßige Information über das Leben außerhalb der Anstalt vergrößert sich die Gefahr, daß sie Außenseiter bleiben. Darum brauchen Gefangene Zeitungen. Bei den den Gefangenen zur Verfügung stehenden sehr geringen Geldmitteln bleibt aber meist kein Geld für die so wichtige Zeitungslektüre.

Strafgefangene sollten die Gefängniszeit nutzen können für ihre persönliche Fortbildung – sowohl für den Beruf als auch für sinnvolle Freizeitgestaltung. Dazu fehlt aber in den Strafanstalten oft der notwendige Lesestoff.

Machen Sie's deshalb wie die prominenten Spender der Bürgerinitiative „Zeitungsabonnements für Gefangene". Verschenken Sie ein Abonnement an einen Gefangenen. Tun Sie's zusammen mit Freunden, wenn Ihnen der Betrag zu hoch ist.

Eine Voraussetzung für die Resozialisierung von Straftätern ist, daß sich die Distanz von Strafgefangenen und der Gesellschaft verringert. Die Bürger müssen aktiv mithelfen, wenn Strafgefangene nicht Außenseiter bleiben sollen. Dazu können Sie mit einem Zeitungs- oder Zeitschriftenabonnement einen kleinen Beitrag leisten.

Und wie macht man mit?
Sie können das Abonnement direkt mit Hilfe des nebenstehenden Coupons bestellen. Wenn Sie aber eine Spendenquittung für das Finanzamt wünschen, oder wenn Sie wollen, daß Ihre Spende für Fortbildungsliteratur verwendet werden soll, dann überweisen Sie den Betrag an den von uns gegründeten, gemeinnützigen Verein „Brücke e. V. – Verein für Straffälligenhilfe", Dresdner Bank München (BLZ 700 800 00) – Kto.-Nr. 5 810 000 oder Postscheck München 61 35 808. Und machen Sie bitte dann in der Rubrik „Verwendungszweck" die dem Bestellcoupon entsprechenden Angaben.

Bestellcoupon:

Ich bestelle ein ~~Jahres~~-/unbefristetes Abonnement der/des

INFORMATIONSDIENSTES

Ich bin damit einverstanden, daß der Gefangene meinen Namen und Adresse erfährt: Ja nein

Name: ....

....

Adresse: ....

....

....

Adresse der Bürgerinitiative:
„Zeitungsabonnements für Gefangene"
8 München 43, Postfach 720

Das hört sich so an, als könnte der Gefangene jede Zeitung lesen, die er will, als käme jede Zeitung, die man ins Gefängnis schickt, beim Gefangenen auch an. Wir können aus unserer Erfahrung sagen, daß das nicht stimmt! Wir wissen von anderen Zeitungsmachern und von Organisationen, die mit Gefangenen zusammenarbeiten, daß die meisten linken Publikationen überhaupt nicht ausgehändigt und bürgerliche Zeitungen zensiert werden.

(Die Anzeige erschien am 15. November 1975 in der Südwestpresse – Schwäbisches Tagblatt)

DIE MEDIEN IN DER PORTUGIESISCHEN REVOLUTION

FRANKFURT (ID) 18. November Adelino Gomes, hierzuland bekannt geworden als der Fernsehreporter des 11. März (vergl. den Film „Viva Portugal"), kennt die Medienlandschaft Portugals von Berufs wegen. Wir haben mit ihm im Rahmen der Portugalkampagne gesprochen. Das Gespräch geht aus von einer Skizze der gedruckten Presse und zeigt dann die Strukturen von Radio und Fernsehen auf, wie sie sich im revolutionären Prozeß verändern.

ZEITUNGEN

Drei Morgenzeitungen:

Diario de Noticias, in der Nähe von MDP/CDE und KP

Jornal do Comercio, nach langem Arbeitskampf, der von der KP boykottiert wurde, ist sie unabhängig.

O Seculo, in der Nähe von MDP/CDE und KP

(Seit einigen Tagen gibt es eine 2. Ausgabe, die von PS/MRPP gemacht wird.)

Sechs Abendzeitungen:

A Luta, echt sozialdemokratisch, Raul Rego als neuer Chef (früher República) ist soaristischer als Soares.

Jornal Novo, Gruppe der Neun (Melo Antunes), wegen falschen Informationen über Regierungspolitik öfter korrigiert.

A Capital, steht im KP Ruf, ist jedoch unabhängig, steht bei Journalisten als sehr objektiv im Ruf.

Diario Popular, „gemäßigte" Kräfte kontrollieren die Vollversammlung, unabhängig.

Diario de Lisboa, KP-nah

República, Linie der Volksmacht, Rätebewegung, unabhängig.

Insgesamt:

Zwei Morgen- und eine Abendzeitung: KP-nah, MDP/CDE

Zwei Abendzeitungen: PS-nah

Drei Abendzeitungen: unabhängig,

WOCHENZEITUNGEN

O Jornal: unterstützt Gruppe der Neun (M. Antunes)

Espresso: Besitzer ist PPD-Chef, vertritt die „heilige Allianz" von PPD und MRPP

O Tempo: faschistische Zeitung mit sehr großer Verbreitung

WOCHENZEITSCHRIFTEN/MAGAZINE

Vida Mundial

Flama

Seculo Illustrado: alle drei progressiv, keine KP-Linie.

Generelle Einschätzung: rechte Zeitungen werden mehr verkauft als linke, das liegt u.a. an der Analphabetenquote von 33 %, die eben nicht in der Bourgeoisie, sondern unter Bauern und Arbeitern besteht. (Exakte Zahlen über Auflage, gedruckte und verkaufte, liegen bisher nicht vor.)

Von daher ist die Bedeutung von Radio und Fernsehen besonders deutlich. Die 6. Regierung hat denn auch in diesen Anstalten eigene Leute, also PS-nahe Leute, in die Spitzenpositionen gesetzt.

RADIO UND FERNSEHEN

Es gibt nur eine Fernsehstation, das ist Radio-Televisão-Portuguesa/RTP. Sie wird von der Regierung kontrolliert. Sie hat eine Art öffentlich(-rechtlichen) Unternehmensstatus, ist staatlich. Sie hat zwei Kanäle, wobei der zweite Kanal nur Sendungen des ersten wiederholt.

Radiostationen gibt es zunächst den offiziellen staatlichen Sender: die Emissora Nacional (EN). Das ist der wichtigste Sender, der im ganzen Land gehört wird. Er hat Mittel- und Kurzwelle, macht auch Sendungen für Ausländer. Das alles im ersten Programm. Im zweiten Programm wird hauptsächlich klassische Musik gesendet.

Dann gibt es drei große private, kommerzielle Sender: Radio-Clube-Português (RCP), Radio Renascença (RR) und Emissoras Associadas de Lisboa. die Emissora Ass. besteht aus mehreren „privaten" Anstalten, die miteinander verbunden sind und die kooperieren.

Das sind die wichtigsten portugiesischen Sender. Schließlich gibt es noch mehrere kleine Sender im Norden, im Zentrum des Landes, von denen die meisten sowohl mit der staatlichen Emissora Nacional verbunden sind, als auch mit Radio-Clube-Português.

Die Situation von RR ist weitgehend bekannt. Im Moment gibt es zwei Radio Renascença: eins in Lissabon, von den Arbeitern kontrolliert, und eins in Porto, das wie vor dem 25. April von der Kirche vom reaktionären Episkopat kontrolliert wird.

Radio-Clube-Português hat seinen Hauptsitz ebenso in Lissabon, Nebensender ebenfalls in Porto.

Im Rahmen ihrer derzeitigen Politik, das Land in Nord und Süd zu spalten, versuchen PS und PPD auch die Radiosender zu spalten. Demnächst wird in Porto eine Vollversammlung der Arbeiter stattfinden, um dieses Problem zu diskutieren.

Der nördliche Sender von RCP, Radio Alto Douro, ist in der Hand von Reaktionären, die den Arbeitern einreden, alle Nachrichten aus Lissabon seien von Kommunisten gemacht. In Santarém gibt es eine andere RCP-Station, Radio de Ribatejo, wo ebenfalls die lokalen Reaktionäre versuchen, die Kontrolle zu gewinnen.

RCP war privat, die wichtigste kommerzielle Station, sie war eine „kooperative Gesellschaft", allerdings wurde sie von einer einzigen Familie völlig beherrscht: die Familie ist sehr bekannt in Portugal und heißt Botelho Moniz. Es ist eine Offiziersfamilie, die Mehrheit von ihr war eng mit dem Salazar-Faschismus verbunden.

Im spanischen Bürgerkrieg war RCP sehr wichtig, weil es den spanischen Francisten, den Faschisten Informationen gab, es war ein faschistischer Sender. Andererseits: RCP hielt sich immer etwas abseits von den Salazar- und Caetano-Regierungen. RCP war also weder offiziöser noch offizieller Regierungsssender.

In wichtigen Situationen verhielt sich der Sender allerdings im Sinne der Regierung, wie folgendes Beispiel zeigt: Im Wahlkampf 1969 hatte Mario Soares die Möglichkeit erhalten, Propaganda zu machen, er ging zu RCP. Dort aber lehnte man es ab, ihm Sendezeit zu geben.

RCP hatte unterm Faschismus in der Öffentlichen Meinung in Portugal einen besonderen Ruf, denn die Journalisten haben neben der offiziellen faschistischen Nachrichtenpolitik der anderen Sender – einen besonderen Nachrichtendienst geschaffen: sie verbreiteten, technisch perfekt aufbereitet, vor allem ausländische Nachrichten, d.h. sie sprachen wenig über die Situation in Portugal. Das heißt: Um nicht offizielle Regierungspolitik zu verbreiten, veröffentlichten sie praktisch keine Nachrichten über Portugal. Dafür war z.B. die Emissora Nacional zuständig.

Zusammengefaßt: RCP war zwar auf der Seite der Regierung, unterstützte sie aber nie offen. Am 25. April war das Verhalten von RCP sehr schwankend. Diese Situation benutzen die Arbeiter, die Journalisten, um eine Reihe von Faschisten zu säubern, d.h. rauszuschmeißen. Sie wählten eine Verwaltungskommission, in der nur sie selbst vertreten waren. In der Vollversammlung machten sie ihre ersten Erfahrungen mit Selbstverwaltung. Dort werden die wichtigsten Entscheidungen gefällt. Von den etwa 250 Hand- und Kopfarbeitern bei RCP sind nicht mehr als sechs als KP-Mitglieder bekannt, mehr als sechs sind jedoch als Faschisten bekannt.

RCP war der Sender, in dem die Militärs den Putsch proklamierten. Das erste Kommuniqué der MFA wurde über RCP veröffentlicht. (Das Putschsignal, das Lied „Grandola vila morena" von José Afonso, wurde über Radio Renascença gesendet.) Daher wurde er in den ersten Wochen nach dem Putsch am meisten gehört in Portugal.

Dann wurde angefangen, eine revolutionäre Nachrichtenpolitik zu machen. Zwischendurch versuchte die Familie Moniz (die alten Eigentümer von RCP), wieder Einfluß zu gewinnen – was ihnen nicht

gelang. Der Revolutionsrat hat einen Offizier ernannt, der jetzt der Präsident der Verwaltungskommission ist. Er ist fortschrittlich, steht in Verbindung mit dem Copcon-Dokument (ID 94). Wir arbeiten gut mit ihm zusammen.

Die Massenmedien waren nach dem 25. April das erste Ziel aller politischen Kräfte und Parteien. Die KP hat in diesem Zusammenhang versucht, RCP unter Kontrolle zu bekommen. Und es ist ihr in der Tat gelungen, die Programme, vor allem die Nachrichtensendungen zu beeinflussen. Drei oder vier Parteimitglieder, Militante, haben dies erreicht. Sie haben während ihrer Schicht, wenn sie redaktionelle Verantwortung haben, eine Art Zensur eingeführt. Anders gesagt: während ihrer Arbeitszeit wird die Politik der KP besonders herausgestellt.

Außerdem hat die RCP pro Tag zwei Stunden an die Intersindical, den Gewerkschaftsdachverband, verkauft, der stark von der KP kontrolliert wird. So ist der Eindruck entstanden, RCP sei ein kommunistisch gelenkter Sender. Ähnliches ist auch in den anderen Medien nach dem 25. April passiert.

Die PS auf der anderen Seite hat z.B. versucht, das Fernsehen (RTP) unter Kontrolle zu bekommen.

Das heißt: mit der Entwicklung des revolutionären Prozesses geht auch der Kampf um die Medien einher, mit Erfolgen mal der einen, mal der anderen Seite. Alle die links von der KP stehen, haben mit diesen beiden Parteien ihre Schwierigkeiten.

Von den Faschisten wurden nur wenige gesäubert, andere haben ihre Posten behalten, vor allem beim Fernsehen und beim Sender Emissora Nacional.

Die KP hat dagegen in verschiedenen Medien versucht, linke Leute zu säubern: in der Zeitung Diario de Lisboa z.B.. Bei RCP ist ihr das nicht gelungen, ebensowenig beim Fernsehen.

Die ökonomische Situation von RCP ist defizitär. Sie entspricht der gesamten ökonomischen Krise. Nachdem vor allem die portugiesischen Großbetriebe verstaatlicht wurden, ist ihr Werbeetat gesenkt worden — und von der Werbung haben sich die Medien zum großen Teil finanziert, RCP und RR ausschließlich, auch das Fernsehen, die Emissora Nacional hatte keine Werbung.

Dazu kommt, daß von den kleineren Betrieben gezielte Boykottmaßnahmen gegen bestimmte Sender praktiziert werden.

Die Lösung, die im Moment vor allem bei RR diskutiert wird, und die auch für die anderen Sender realistisch sein wird, ist der Aufbau von Kooperativen.

Als wir jetzt beim Informationsminister Geld forderten, sagte der „Nein" mit der Begründung: „Ihr unterstützt die 6. Regierung nicht." Die Sozialdemokraten (PS) haben zu uns, also zu RCP, dasselbe gesagt.

Als jetzt von der Emissora Nacional ein Team zu den Unabhängigkeitsfeiern nach Angola geschickt werden sollte, lief das so: die Arbeiterkommission bei EN ist von PS- und PPD-Leuten kontrolliert, die durchsetzten, daß je ein Team zur MPLA, zur FNLA und zur UNITA geschickt wurde! Beim Fernsehen weigern sich seit einiger Zeit Ton- und Kameraleute, Reportagen zu machen, weil ihnen kein Geld für ihre Versicherung gezahlt wird.

Es gibt also verschiedene Anzeichen, daß die 6. Regierung versucht, die Informationspolitik der Medien, die ihre Politik nicht unterstützen, zu diskreditieren, daß sie versucht, Kontrolle zurückzugewinnen. Neulich wurde z.B. ein Kamerateam, das in Madeira drehen wollte, vom dortigen Militärkommandanten zurückgeschickt mit der Begründung, es unterstütze die Regierung nicht.

Ein erster offener Versuch in dieser Richtung war das Gesetz, das die Veröffentlichung von militärischen Konflikten verhindern sollte. Es sollte den Kampf der Soldaten praktisch zum Schweigen bringen. Damals, im August, wurde dieser Versuch durch eine solidarische Aktion aller linken Medien unterlaufen.

Jetzt gibt es einen neuen Versuch. An die Direktionen von EN und RCP wurde eine „vertrauliche Mitteilung" gegeben, die wiederum die Veröffentlichung militärischer Informationen verbieten will. Als der Informationsminister — das ist ein Militär — neulich danach gefragt wurde, sagte er: „Kein Kommentar. Das ist vertraulich."

PROBLEME UND PROGRAMM BEI RADIO RENASCENÇA

FRANKFURT (ID) 18. November

Fernando Sousa, einer von 11 Journalisten bei RADIO RENASCENÇA, war im Rahmen der Portugalkampagne hier. Wir haben mit ihm über die finanzielle Situation des Senders, der vor kurzem durch einen reaktionären Militärbefehl zum Schweigen gebracht wurde, über die Arbeitsstrukturen und über das tägliche Programm gesprochen. (vgl. auch das Interview mit einem anderen RR-Journalisten in Portugalnachrichten Nr. 11)

„Die wirtschaftliche Lage von RR ist im Moment sehr übel. Wir brauchen viel Geld, um die zerstörten Sendeanlagen wieder aufbauen zu können. Außerdem müssen wir für 30 Leute, die im RR arbeiten, Löhne bezahlen: jeder, egal ob Techniker oder Journalist, bekommt 600 DM pro Monat. Das sind, zusammen mit Telefonrechnungen u.a. insgesamt etwa 15 000 DM, die wir im Monat brauchen.

Zur Zeit leben wir hauptsächlich von Solidaritätsspenden und Sammlungen auf nationaler und internationaler Ebene. Das sind unsere wichtigsten Geldquellen, weil die Werbung, von der wir früher einen großen Teil der Ausgaben bestritten, nur noch sehr geringen Umfang hat.

Wir glauben, daß erst durch die Bildung einer Kooperative, über die wir diskutieren, unsere Abhängigkeit von der Werbung aufgehoben sein wird. Da die Werbung von Werbeagenturen kontrolliert wird und diese Agenturen aber von ihren Arbeitern kontrolliert werden, konnte der ökonomische Boykott gegen uns, wie er von einigen Unternehmen versucht wurde, unterlaufen werden.

Vor einiger Zeit haben wir eine Kampagne gemacht, in der alle unter Arbeiterkontrolle stehenden Betriebe kostenlos bei uns Werbesendungen machen konnten.

Im übrigen ziehen es die noch bestehenden kapitalistischen Unternehmen natürlich vor, über weniger radikale Sender ihre Werbung zu verbreiten.

Die Arbeitsstruktur

Die höchste Verantwortung bei RR hat die Vollversammlung aller Arbeiter, die immer dann tagt, wenn wichtige Probleme anliegen. D.h.: sie tagt nicht regelmäßig. In der geplanten Kooperative wird die Vollversammlung aller Repräsentanten der Komitees und Kommissionen die höchte Autorität haben. Zur Zeit haben wir ein Arbeiterkomitee, von allen Arbeitern von RR gewählt, das Exekutivfunktionen besitzt.

Dann gibt es verschiedene Abteilungen, die jedoch funktional und nicht hierarchisch organisiert sind. Wir sind 11 Journalisten; ich bin z.B. der Chef der Nachrichtenabteilung. Aber wenn ich Fehler mache, kann ich ersetzt werden; ich kann ersetzt werden durch einen Techniker oder einen Sprecher — ganz ähnlich wie bei der Zeitung „O Seculo", wo jetzt ein Drucker der Chef des gesamten Unternehmens ist.

Das tägliche Programm

Nachrichten senden wir jede volle Stunde, 5 bis 10 Minuten, meist bestehen sie aus Agenturmeldungen, manchmal auch mit Direktreportagen. Aber solche Reportagen zu machen, ist schwierig für uns, weil wir nur einen Übertragungswagen haben; zuweilen geben wir auch Berichte übers Telefon durch.

Außerdem machen wir zwei große Nachrichtensendungen, eine halbstündige mittags um 12 und eine einstündige abends um 7 Uhr. Dann bringen wir neben den Nachrichten Interviews und Kommentare zu aktuellen Problemen, vor allem über die Probleme der Arbeiter in Portugal und in aller Welt.

Früher haben wir in diesen Sendungen die Informationen der Regierung vor die der Arbeiter gestellt — das wollen wir jetzt umgekehrt machen: also zuerst die Kämpfe der Arbeiter und dann die Regierungspolitik. Mit dem Informationsministerium haben wir eine Direktleitung, ein Telex.

Zwischen den Nachrichten senden wir revolutionare Musik aus Portugal, Lateinamerika, Afrika und auch von der europäischen Linken: vor allem Musik von Betriebsgruppen wie der von Renault, die sehr gut ist. Dann senden wir Interviews mit Arbeiterkommissionen, Einwohner- und Soldatenkomitees, bringen Dokumente und Kommuniques von diesen Gruppen.

Wir erklären politische Begriffe, die in den Diskussionen haufig benutzt werden, aber deren Verstandnis oft noch gering ist. Denn die Arbeiter hatten unterm Faschismus kaum Moglichkeit zu lernen, was Kapitalismus, was Sozialismus ist — wir versuchen also in bestimmten Sendungen zu erklären, was diese Begriffe bedeuten. Über die Schweirigkeiten, Direktreportagen zu machen, habe ich schon besprochen. Daher ist der großte Teil unserer Sendungen nicht live, kommt vom Band, d.h. wir bearbeiten das Material im Studio, bevor es gesendet wird, in dem Sinne, daß die unwichtigen Passagen eines Interviews weggelassen werden. Damit wollen wir erreichen, daß die Kraft und die Dynamik einer Aussage erhalten wird, daß sie nicht abgeschwacht oder unklar wird.

Das ist die Kontrolle von Interviews, die wir in diesem Sinn rechtfertigen.

Manchmal machen wir auch Live-Gespräche im Studio, denn es gibt viele Kommissionen, die mit uns Kontakt haben und die im Radio über ihre Probleme diskutieren wollen. Soldaten diskutieren z.B. über das, was in verschiedenen Einheiten und Kasernen passiert.

So hat es die Kraft der Mobilisierung durch verschiedene Radiosender geschafft, daß im August zwei Soldaten freigelassen werden mußten, die verhaftet worden waren, weil sie fur die SUV (Soldados unidos vencerão — Vereinte Soldaten werden siegen) gearbeitet hatten.'

HAUSBESETZUNG IN OSLO

HAMBURG (ID) 18. November

Am 25.8.1975 haben ungefähr 20 Leute ein leerstehendes Haus im Zentrum von Oslo besetzt. Das Haus, ein ehemaliges Lehrlingsheim mit 40 Zimmern, gehört einer Stiftung und soll im nächsten Jahr abgerissen werden. Diese Aktion ist eine der vielen Hausbesetzungen, die z.Z. in Oslo laufen, um die Bevölkerung und die Behörden auf die schlechte Wohnungssituation und die Bodenspekulation aufmerksam zu machen. Aus diesem Grunde wurde in den ersten zwei Wochen versucht, eine breite Öffentlichkeitsarbeit zu leisten, z.B. durch Verteilen von Flugblattern in der Straße und vor dem Haus an vorbeikommende Passanten, Information der Presse und Unterschriftenlisten. Durch diese Informationen wurde erreicht, daß besonders die Nachbarn diese Aktion voll unterstützen und sich mit den Besetzern solidarisieren.

Anfangsschwierigkeiten waren hauptsächlich: kein Wasser, kein Strom. Die Bullen zeigten sich zur großen Verwunderung aller überhaupt nicht. Nachdem Strom und Wasser wieder angestellt waren, fingen die ursprünglichen 20 Leute an, Listen von anderen Leuten zusammenzustellen, von denen sie wußten, daß sie auf der Straße saßen oder dringend eine neue Wohnmöglichkeit suchten. Die endgültige Entscheidung, wer nun einziehen sollte, wurde auf den Hausversammlungen getroffen. Die Leute waren z.T. gezwungen, einige wieder rauszuschmeißen, weil sich herausstellte, daß sie Kontakt mit den Bullen hatten, dealten oder einfach nur eine Pennmöglichkeit suchten und keine weiteren Interessen als Trips, shit und ähnliches hatten. Diese Hinauswürfe waren notwendig, weil die Besetzer dieses Haus mit der Absicht besetzt haben, daraus eine Wohngemeinschaft (Kommune) im Großen zu machen, und das beinhaltet natürlich, daß jeder einzelne sich voll integriert und verantwortlich fühlt. Um so ein Gefühl der Gemeinsamkeit und Verantwortlickeit zu erreichen, wurde auf einer Hausversammlung beschlossen, das jeder 100 Kronen (etwa 50 Mark) im Monat in eine gemeinsame Kasse zahlen sollte, und daß am Wochenende möglichst alle zusammen das Haus renovieren, streichen und die Gemeinschaftsräume aufräumen.

Es ist naturlich ziemlich schwierig 45 Leute auf einen Nenner zu bringen, die sich noch sehr wenig kennen. Um sich untereinander besser kennenzulernen, werden jede Woche mindestens zwei Hausversammlungen abgehalten, auf denen Entscheidungen, die Alle betreffen, gefällt werden. Trotzdem gibt es eine Tendenz, daß sich Leute in kleinen Gruppen abspalten und zuruckziehen, unter anderm, weil es unmoglich ist, zu 44 Leuten einen gleich guten Kontakt zu haben, die zudem noch tagsuber jobben, zur Schule oder zur Uni gehen. Allerdings uberwiegen die Leute, die Gelegenheitsjobs annehmen, um davon zu leben.

Wenn jemand noch weitere und genauere Infos haben will, soll er einfach mal hinschreiben (möglichst auf englisch). Die Adresse ist: pilestredkommune
pilestredet 34 - 36
oslo 3
Norwegen
(aus: Info Hamburger Undogmatischer Gruppen)

AKTION DER BRIGATE ROSSE GEGEN DAS STUDIENZENTRUM DER CONFINDUSTRIA

MAILAND (ID) 20. November

Ein bewaffneter Kern der Brigate Rosse hat am 29. Oktober das Studienzentrum der Confindustria, das über umfangreiche Dokumentationen zur Lage in verschiedenen Industriezweigen und Unternehmen verfügt, besetzt, die Funktionäre gefesselt, Maschinen zerstört und eine Auswahl von Berichten über bestimmte Fabriken mitgenommen. Obwohl sofort Alarm ausgelöst wurde, konnte keine Spur von ihnen gefunden werden. Um ohne Schwierigkeiten in die Büros kommen zu können, hatte sich die Gruppe als Beamte der Finanzpolizei getarnt.

DER PANAMA-KANAL

NEW YORK (LNS,ID) 12. November

Zur Zeit finden in Panama Verhandlungen für einen neuen Vertrag, der das US-Regierungsrecht über die Kanalzone beenden soll, statt. Panama hat dafür die unausgesprochene Unterstützung der meisten Länder der dritten Welt.

Geschichte:

Für Panama fing der Kampf um die Wiedereroberung des Kanals 1903 an. Weil die Vereinigten Staaten das Land in seiner Unabhängigkeit vom benachbarten Kolumbien unterstützten, bekam die USA als Austausch für diese Hilfe das Recht, den Kanal zu bauen, zu verwalten und beschützen und zwar ‚in perpetuum, für immer'.

Wegen Unzufriedenheit mit den Vertragsbedingungen wurde er zweimal, 1936 und 1955 geändert, aber der wichtigste Punkt der Auseinandersetzung, die „für immer"-Klausel, wurde nicht angetastet.

Als panamesische Studenten auf eine Highschool in der Panama-Zone zumarschierten und den Versuch machten, die Flagge Panamas zu hissen, griffen amerikanische Schüler die Gruppe an, und als Antwort darauf entwickelte sich eine Protestbewegung. Es kam zu Konfrontationen und Auseinandersetzungen im ganzen Land. In Panama-City töteten amerikanische Armee-Einheiten mit Luftunterstützung 22 panamesische Studenten und verwundeten 500 weitere. Ende 1964 brach Panama die diplomatischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten ab. Daraufhin gab Präsident Johnson bekannt, daß er bereit sei, einen neuen Vertrag auszuhandeln. Es wurde nicht klar, ob beide Seiten tatsächlich einen neuen Vertrag aushandeln wollten oder ob sie nur den Unmut der Bevölkerung dämpfen wollten. Auf alle Fälle führten die Gespräche zu nichts. General Omar Torrijos, der jetzt das Land regiert, eroberte die Staatsgewalt 1968, als die Nationalgarde putschte. Weil weitere öffentliche Forderungen nach der Kanalkontrolle laut wurden, setzte er mehr Druck hinter die immer noch laufenden Verhandlungen. Er erklärte, daß bei weiteren öffent-

lichen Protesten „zwei Möglichkeiten bestehen: entweder wir zerschlagen sie, oder wir führen sie an; und ich habe nicht vor, sie zu zerschlagen."

US-REGIERUNG GESPALTEN ÜBER DIE KANAL-STRATEGIE

Ein Sechstel des gesamten US-Auslandshandels (in Tonnen) muß durch den Kanal geschifft werden. Die Kanalzone beherbergt 14 US-Militärbasen, von denen aus die Counterinsurgency Aktivitäten gegen Lateinamerika geführt werden. Für die Herrschenden in den USA sind die Auseinandersetzungen um den Kanal ein Test für die weitere amerikanische Außenpolitik der Nach-Vietnam-Zeit.

Andere jedoch wie das Innenministerium unterstützen die „liberale" Haltung: „lieber jetzt Zugeständnisse, damit eine spätere Auseinandersetzung vermieden werden kann". Die Verhandlungen, die 1974 begonnen wurden, zeigen, daß trotz Kissingers liberaler Haltung US- und panamesische Interessen schwer zu vereinbaren sind.

Die wichtigsten Punkte in der Auseinandersetzung sind:

1. Panama will erreichen, daß am Ende dieses Jahrhunderts der Vertrag abläuft und Panama allein den vollen Rechtsanspruch auf der Kanal erheben kann. Die USA dagegen bestehen auf „das Recht, den Wasserweg 50 Jahre lang zu verteidigen" und „das Recht, den Kanal weiterhin für unbegrenzte Zeit zu verteidigen".

2. Panama will die existierenden 14 Militärbasen auf drei reduzieren, die USA bestehen auf der Erhaltung aller.

3. Panama schlug einen 53 Quadratmeilen-Streifen für die Verwaltung und technische Aufrechterhaltung des Kanals für die USA vor. Diese dagegen wollen 450 Quadratmeilen.

4. Panama will die Neutralität des Gebietes von den Vereinten Nationen garantiert wissen. Die USA dagegen möchten die Neutralität abhängig machen von ihren eigenen Interessen.

DIE MÖGLICHKEIT EINER US-INTERVENTION

Als Generalkonsul Bunker gefragt wurde, was seiner Meinung nach passieren würde, wenn die Gespräche abbrechen würden, sagte er: „Wir werden uns bestimmt in feindseligen Auseinandersetzungen mit einem ansonsten freundlichen Land befinden." Und in der letzten Augustwoche, als ob es um die Vorbereitung nordamerikanischer Intervention ginge, landeten unvermittelt 2.000 US-Fallschirmspringer in Panama.

Das US-Militär gab keine öffentliche Erklärung ab; auf Anfrage bestätigten sie jedoch die Ankunft der Soldaten mit der Begründung, daß diese einen Dschungel-Operationskurs absolvieren mußten. Daß dies eine Herausforderung oder gar ein Angriff sei, wurde nur mit der Bemerkung „Propaganda, pure Propaganda" abgetan. Als Vorbereitung für eine mögliche Intervention wurden Konsulatsbeamte der Vereinigten Staaten, die vorher an anderen heißen Stellen eingesetzt waren, nach Panama gebracht. Auslandsbeamte, die 1965 in der Dominikanischen Republik, 1968 in Saigon, 1970 in Uruguay und von 1968-70 in Chile waren, sind jetzt in Panama.

Falls Panama und die USA keinen neuen Vertrag zustande bringen, wird es dennoch, wie die jüngsten Demonstrationen zeigen, eine breite Volksbewegung gegen den weiteren Verbleib amerikanischer Truppen und Bevölkerung geben. Denn hinter dem milden Nationalismus von Torrijos ist ein wesentlich stärkerer Druck der politisch bewußten Bevölkerung und der Studenten, die Lösungen zu nationalen Problemen wie Hunger, Arbeitslosigkeit usw. verlangen, Ziele, die wesentlich radikaler sind,als nur das Aushandeln eines neuen Vertrages.

SOLIDARITÄT

Eine Gruppe von 40 Amerikanern, die alle in der sozialistischen und kommunistischen Bewegung in den USA tätig sind, hielten vor kurzem einen offiziellen Besuch in Panama ab. Sie wurden sehr herzlich willkommen geheißen und fanden auf ihrer Rundreise nicht nur von der panamesischen Bevölkerung, sondern auch von den Lokalzeitungen und von offizieller Seite viel Beachtung. Von den „Zonians", den Zonenbewohnern (45.000 amerikanische Staatsbürger bewohnen diese 50 Meilen lange und zehn Meilen breite Kanalzone) wurden sie aufgefordert, so bald wie möglich wieder abzuhauen. Deren Standpunkt ist, daß „dieses Land von den USA gekauft und bezahlt wurde". In individuellen Gesprächen äußerten sie auch ihre Bereitschaft, das Land mit der Waffe zu verteidigen. Die Zonians haben enorme Vorteile vom höchsten pro-Kopf-Einkommen der Welt bis zu den meisten Golfkursen pro Person ....

DIE UNTERDRÜCKUNG IN KOLUMBIEN WIRD VERSCHÄRFT

FRANKFURT (ID) 18. November

Der „Lateinamerikanische Studentenverein (AELA)" hat eine zusammenfassende Darstellung der derzeitigen politischen Situation Kolumbiens veröffentlicht.(Auf diesen Informationen werden in Zukunft weitere Nachrichten aus Kolumbien aufbauen, die wir der dort erscheinenden „Alternativa" entnehmen.):

„Als im vergangenen August der kolumbianische Präsident Alfonso Lopez Michelsen den Belagerungszustand über das ganze Land verhängte, hatte er damit das letzte Versprechen seiner Wahlkampagne von 1974 gebrochen: „Meine Regierung wird keinen Gebrauch machen vom Ausnahmezustand". Aber die wachsenden sozialen Konflikte (Streiks in den Fabriken, Landbesetzungen durch arme Bauern, die, trotz brutalster Repression, niemals gelungene Zerschlagung des Widerstandes an Schulen und Universitäten) liessen dem Regierenden keine andere Wahl, als sich für die Gruppe zu entscheiden, die auch seine Wahlkampagne finanzierte und der er angehört, statt für jene Gruppe der armen und arbeitenden Bevölkerung, die ihn durch ihre Stimmen zum Wahlsieger machte.

Lopez hatte die Unterstützung großer Teile der Bevölkerung, (allerdings muß man berücksichtigen, daß 50% der Bevölkerung nicht am Wahlgang teilnahm), die totale Unterstützung der Herrschenden Klasse, die „wohlwollende Unterstützung" der Nordamerikaner, und ein Programm, das vorgab, die verschiedensten (einschließlich widersprüchlichen) Interessen befriedigen zu können: „Sozial-Pakt" zwischen Arbeitern und Unternehmern, Reduzierung der staatlichen Bürokratie, Kampagne gegen Korruption in der öffentlichen Verwaltung, gerechtere Einkommensverteilung ohne Agrar-Reform, Kontrolle der Lebenshaltungskosten und unabhängige Außenpolitik.

Ein bekannter Journalist kommentierte den Wahlsieg Lopez einen Tag danach folgendermaßen: „Die große Euphorie wird nicht lange anhalten, Lopez versprach Allen alles, erfüllen können wird er nur den wenigen, denen schon immer alles erfüllt wurde". Und so ist es geschehen: Nur 8 Monate dauerte der „liberale Frühling", in dem die Kolumbianer erneut die Opposition frei auf der Straße sahen, in dem die Polizei nicht sofort präsent war, wenn mehr als drei Personen zusammenstanden, in dem Streiks geduldet und nicht brutal unterdrückt wurden, in dem an der National-Universität ein „Marxist" Rektor sein durfte.

Ein „liberaler Frühling" auch auf diplomatischem Gebiet, wo Beziehungen mit allen Ländern der Erde aufgenommen werden sollten, (bis heute unterhält Kolumbien diplomatische Beziehungen in Taiwan, und gliedert sich nicht ein in die nationalistische Politik der lateinamerikanischen Staaten gegenüber den USA) und schließlich das liberale Versprechen, ein ziviles Scheidungsgesetz zu erlassen (praktisch wird nur die katholische Ehe anerkannt: inzwischen hat Lopez zusammen mit dem „Heiligen Stuhl" das alte Konkordat „reformiert") dergestalt, daß die Kirche mehr Rechte hat als vorher.

Nach 8 Monaten jedoch sind die sozialen Konflikte derart angewachsen, daß das Regime gezwungen ist, seine demokratischen Versprechungen eine nach der anderen fallen zu lassen (es gibt die Preiskontrolle, die Reallöhne sinken, die Korruption in der Verwaltung wächst und nimmt skandalöse Ausmaße an, eine Neuverteilung der Einkommen findet nicht statt und die Banken, die Industrie, die Finanzkorporationen, die Argrar-Verbände veröffentlichen – wie immer – glänzende Bilanzen). Die New York Times kommentierte nach dem letzten Besuch von Lopez Michelsen in den USA, daß der südamerikanische Präsident keine ernsthaften Absichten habe, die notwendigen sozialen Reformen durchzuführen.

Diese Entwicklung findet ihren Höhepunkt in der erneuten Installation des Polizeistaates, in dem die Militärjustiz sich damit beschäftigt, dem Land „die Ordnung zurückzugeben".

Jeder Streik wird illegal erklärt, jede Demonstration verboten, jede regierungs-oppositionelle Versammlung ist „subversiv", jede nicht regierungs-freundliche Zeitung ist ein „Anstifter zur Gewalt". Die Thesen der Konservativen Partei, die nicht die Wahlen gewinnen konnte, scheinen nun die Macht für sich zu gewinnen. Und es fehlen nicht Journalisten, selbst der Liberalen Partei nahestehende, die beginnen, „unbequeme" Vergleiche mit dem uruguayischen „Präsidenten" Bordaberry zu ziehen.

Hier ist es notwendig, noch einmal darauf hinzuweisen, daß Lopez Michelsen in den Wahlen von 1974 (an denen lediglich 50% der Wahlberechtigten teilnahmen) 60% der Stimmen (3 Millionen) auf sich vereinigen konnte; während Gomez Hurtado (Vertreter des „brasilianischen Modells"), konservativ, lediglich 24% gewann, Rojas (Tochter des ehemaligen populistischen Diktators Rojas Pinilla) 12% und die UNO (Union Nacional de Oposicion), eine Karikatur der chilenischen Unidad Popular, 4%.

Doch, angesichts zunehmender Volkskämpfe, scheint es der herrschenden Klasse eine bessere Lösung zu sein, auf ein diszipliniertes und effektives Heer zu vertrauen, als auf eine repräsentative Demokratie.

Seit seiner Verkündung hat der Belagerungszustand für die kolumbianische Bevölkerung folgende zusätzliche Repressionen gebracht:

– Erlaß neuer Unterdrückungsvorschriften. Unter ihnen besonders das berüchtigte Dekret 1533. Dieses Dekret reduziert die Verteidigerrechte derart, daß es von sieben bekannten Juristen des „Corte Suprema de Justicia", der höchsten Instanz der kolumbianischen Justiz, die der Regierung normalerweise „wohlwollend" gesonnen ist, als „faschistisch" bezeichnet und verurteilt worden ist. Von vielen Leuten ist es auch mit dem berüchtigten „Anti-Terrorismus-Gesetz" des spanischen Regimes verglichen worden. Währenddessen jedoch unterzeichnet Kolumbien alle internationalen Verträge, die über die Menschenrechte abgeschlossen werden.

– Die militärische Besetzung verschiedener Städte, durchgeführt unter dem Vorwand der Verbrechensbekämpfung, die de facto der Verfolgung von Arbeiterführern, Studenten, Angestellten und der Opposition allgemein galt. Das sind Demonstrationen der Stärke, die dazu dienen sollen, die Bevölkerung einzuschüchtern. Tatsächlich gibt es keine Versammlungsfreiheit mehr, keine Meinungsfreiheit und keine Freizügigkeit. Ganze Stadtteile werden umstellt und dann Haus für Haus durchsucht. Währenddessen bewegt sich die „legale Beraubung", der Schmuggel und die administrative Korruption frei durch alle Instanzen des Staates bis hin zu den höchsten Positionen.

– Die militärische Besetzung großer ländlicher Gebiete, die sich nicht nur gegen die Guerrilla-Bewegung richtet, sondern auch gegen die ANUC (Asociacion Nacional de Usuarios Campesinos/ Nationale Bauern-Assoziation mit 2 Millionen Mitgliedern), die für eine Agrarreform kämpft. Die Ausrufung des Belagerungszustandes erleichtert in großem Maß die Repression und liefert die Bauernschaft dem Terror der bewaffneten Banden der Großgrundbesitzer aus.

Seit mehreren Jahren gibt es in Kolumbien vier revolutionäre Guerrilla-Organisationen: FARC (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens) von der Kommunistischen Partei, ELN (Nationale Befreiungsarmee), in der Camilo Torres Restrepo kämpfte und starb, EPL (Volksbefreiungsarmee) von der KP/ML, M19, Stadtguerrilla der ehemaligen populistischen Bewegung Anapo. Diese Guerrilla-Organisationen ebenso wie auf anderem Gebiet die legalen Organisationen der Bauernschaft sind aufgrund ihrer numerischen Stärke, Tradition, Organisationsniveau und Kampfbereitschaft höchst gefährlich für die Herrschenden. Daher fallt es der Herrschenden Klasse Kolumbiens nicht schwer, die Regierung davon zu überzeugen, daß es „notwendig ist, die Subversion mit harter Hand zu bekämpfen".

Gerade dort auf dem Land, im Urwald, wo keinerlei Kontrolle existiert, wo keiner der „lästigen", auf der Suche nach Neuigkeiten sich befindenden Journalisten auftaucht, ist es, wo das Heer täglich Gefangene erschießt und foltert, Frauen vergewaltigt, raubt, Ernten verbrennt, usw. Von dorther kommt die Mehrzahl der politischen Gefangenen, der einfachen und unbekannten Bauern, die Opfer des staatlichen Terrors werden. Während gleichzeitig die Großgrundbesitzer mehr Kredite als je zuvor von der Regierung erhalten, und diese die Augen verschließt vor den blutigen Gewalttätigkeiten, die die bewaffneten Banden der Großgrundbesitzer begehen.

Schließlich: die Verwandlung des Justizapparates in ein faschistoides Instrument in den Händen des Heeres. Die sich ständig vermehrenden sogenannten Kriegsgerichte, die mit Hilfe von Folter, Einschüchterung und Angst „Beweise" erbringen und dann die Kämpfer des Volkes zu 25, 30 Jahren Gefängnishaft verurteilen.

Die kolumbianische Bourgeoisie, die mit ihrem „demokratischen und liberalen Charakter" auf der internationalen Bühne hausieren ging, muß sich heute sehr unwohl fühlen angesichts der Präsenz eines Beobachters des Bertrand-Russell-Tribunals in jenem Kriegsgericht, das jetzt durchgeführt wird gegen 12 angebliche Mitglieder des ELN und 60 angebliche Mitglieder des EPL, gegen die trotz systematischer Folterungen keinerlei Beweise „erbracht" werden konnten.

Die Gefängnisinsel „Gorgona" (im Pazifik) verwandelt sich in ein Grab für Guerrilleros, Gewerkschaftsführer, Studenten und Bauern, ebenso wie für „normale Gefangene", einfache Leute, die durch das System in die Kriminalität gezwungen wurden. Diese furchtbare Gefängnisinsel, auf der gegen alle Normen der Behandlung Gefangener verstoßen wird, braucht den Vergleich mit der früheren vietnamesischen Gefängnisinsel „Paulo Condor" nicht zu scheuen."

OFFENSIVE GEGEN GEWERKSCHAFTER

LIMA/PERU (MARKA/ID)
21.November

Interessante Zahlen aus vier grossen multinationalen Automobilkonzernen in Peru hat die Zeitschrift MARKA (13.November) veröffentlicht. Diese Zahlen belegen die Offensive der Konzerne gegenüber der organisierten Gewerkschaftsbewegung bei VW, Chrysler und den beiden japanischen Werken Nissan und Toyota.

Zwar ist die Gesamtzahl von 48 entlassenen Arbeitern innerhalb der letzten zwei Jahre in den vier Werken niedrig, aber die Statistik besagt vor allem, daß 55 Prozent der entlassenen Arbeiter Gewerkschaftsführer und daß 15 Prozent von ihnen jeweils die Generalsekretäre ihrer (Betriebs-)Gewerkschaft waren. Bei Nissan und Toyota wurden die Generalsekretäre je zweimal entlassen. Der Arbeitsminister hat sich dazu nicht geäußert.

Im einzelnen wurden entlassen: bei VW 19 Arbeiter, bei Nissan 8, bei Chrysler 10 und bei Toyota 11. (Näheres über die peruanische VW-Filiale in ID Nr. 69)

Unter anderem auch gegen diese Unternehmerpolitik hat die Metallarbeitergewerkschaft FETIMP am vergangenen Donnerstag in Lima eine große Demonstration gemacht.

FORTSCHRITTE FÜR DIE UNITED FARMWORKERS

SAN FRANSISCO (LNS/ID)
5. November

Langsam aber sicher taucht der schwarze Adler, das Symbol der UFW, auf mehr und mehr Früchten in den USA auf. Dies ist ein Resultat der Gewerkschaftswahlen, die in den letzten beiden Monaten in vielen landwirtschaftlichen Gegenden Kaliforniens stattfanden und in denen die UFW ihre Basis mehr als verdoppelte.

Viele dieser Wahlen werden zur Zeit vor Gericht behandelt, da die Gutsbesitzer die UFW-Siege anfechten, und andererseits die UFW die pro-teamster (reaktionäre Transportarbeitergewerkschaft) Stimmen wegen illegaler Wahlbeeinflußung nicht anerkennt. Die staatliche ‚agricultural labor relations board' (ALRB) prüft die Wahl

resultate langsam nach und UFW-Arbeiter bilden auf den einzelnen Ranches Komitees, um die Arbeitsverträge auszuhandeln. Nach den bisher veröffentlichten Statistiken haben sich an 275 Wahlorten am 22. Oktober 43.000 Landarbeiter beteiligt. Davon hat die UFW 146 Wahlen mit 21.000 Arbeitern gewonnen, die Teamsters 8? Farmen mit 11.000 Arbeitern. Weitere 26 Wahlergebnisse, die 10 000 Arbeiter betreffen, sind offiziell noch nicht entschieden.

Die UFW hat über 200 gerichtliche Beschwerden beim ALRB eingeleitet, weil die Teamsters die neuen Wahlgesetze nicht eingehalten haben. Auf vielen Farmen veränstigten sie die Arbeiter, indem sie damit drohten, ihre Häuser niederzubrennen, wenn sie UFW-Sympathien offen zeigten. Die Besitzer haben sich außerdem in die Wahlen eingemischt, indem sie offen für die teamsters eintraten und vor der Wahl anti-UFW Arbeiter anheuerten. Obwohl die Besitzer dies natürlich bestreiten, hat sogar die ALRB wegen dieser Praktiken Klage erhoben. Ein weiterer Punkt der Auseinandersetzung ist das (neue) Recht, das besagt, daß Gewerkschaftler zu bestimmten Zeiten die FElder betreten dürfen und mit den Landarbeitern reden dürfen. Trotzdem wurden ca. 200 UFW Gewerkschaftler von den lokalen Polizeibehörden deswegen eingesperrt. Diese Klage wird vor das oberste Gericht gehen.

Weiterhin ruft die UFW auf, alle Produkte, die nicht den schwarzen Adler tragen, zu boykottieren. Darunter fallen Trauben, die von 17 Millionen Leuten (nach Ergebnissen einer nationalen Umfrage) boykottiert werden, 14 Millionen kaufen keinen Salat und 11 Millionen boykottieren den Wein der Firma Gallo. Andererseits hat sich das US-Verteidigungsministerium – Pentagon – einen Namen als Streikbrecher Nr. 1 gemacht. Während des ersten Trauben-Boykotts (1965 bis 1970) ordnete der damalige Verteidigungsminister Melvin Laird eine „Traubendiät" für die amerikanischen Soldaten in Vietnam an. Die US-Armee steigerte den Einkauf von Trauben bei boykottierten Unternehmen um 800 Prozent! Beim Boykott gegen kalifornischen Eisbergsalat erhöhte das Pentagon seinen Absatz bei UFW-feindlichen Pflanzern um 300 Prozent. Nun, das Verteidigungsministerium kauft heute nicht mehr die boykottierten Produkte, die nicht auf dem Markt abgesetzt werden konnten, in einem solchen Übermaß auf. Die Tatsache aber bleibt bestehen, daß das Pentagon fast ausschließlich bei boykottierten Firmen einkauft und das zu Preisen, die über den Marktpreisen liegen.

So mag es kaum jemanden verwundern, daß das US-Verteidigungsministerium jede Woche 70.000 bis 100.000 Kilogramm Eisbergsalat nach Europa schafft. In einem Zeitraum von sieben Monaten – von Juli 1974 bis Januar 1975 – wurden in Kühlcontainern insgesamt 1.690 Tonnen mit Frachtern (Kosten für die Armee 2.500 Dollar/Container) nach Bremerhaven oder Rotterdam gebracht. Damit ist die US-Armee der größte Abnehmer der boykottierten Produkte in Europa, denn auf dem Markt könnte bei uns augenblicklich nicht soviele boykottierte Produkte abgesetzt werden. Das Verteidigungsministerium kauft den Kopf Eisbergsalat für 28 Cent ein, verkauft ihn aber nur für 31 Cent in den Armee eigenen Supermarkten in Europa. Die übrigen Kosten für Transport, Löhne und Verluste (20 Prozent des Salats ist schon verfault, wenn er in Europa ankommt) trägt der amerikanische Steuerzahler, der damit die Salat-Politik des Pentagon subventioniert.

Das deutsche Büro der United Farmworkers ruft deshalb dazu auf, den Boykott unter den 180 000 bei uns stationierten GI's zu organisieren. Wer Kontakte zu amerikanischen Kaserenen hat, kann sich mit der UFW in Verbindung setzen:
UFW, AFL-CIO, c/o Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, 1 Berlin 12, Jebenstraße 1

ABTREIBUNG LEGAL ABER UNMÖGLICH

NEW YORK (LNS/ID)
1. November

Obwohl in den Vereinigten Staaten die Abtreibung seit einem Jahr erlaubt ist, ist es nach Recherchen des Alan Guttmacher Instituts (der offizielle Forschungsausschuß der planned parenthood Federation of America) vielen Frauen nicht möglich, Abtreibungen in den USA durchzuführen. Nach Schätzungen des Berichts wurde 1974 zwischen 4oo ooo und 9oo ooo Frauen, von denen die meisten arm und unter 20 sind, die Abtreibung verweigert.

Nur 15% der öffentlichen Krankenhäusern haben überhaupt eine einzige Abtreibung in den ersten Monaten 1974 durchgeführt. Die Hälfte aller Abtreibungen werden in New York oder in Kalifornien vollzogen. Von den 1,8 Millionen Abtreibungen, die eigentlich vollzogen werden müßten, wurden 1974 nur 892.000 durchgeführt, die nur zu 30% von „Medicaid" (staatlich) finanziert wurden. Diese Gründe und die Kosten (100-300 Dollar für eine Abtreibung, die hohen Fahrtkosten) machen es armen und jungen Frauen, die in kleineren Städten wohnen, sehr schwer, sichere und legale Abtreibungen zu vollziehen. Sie werden weiter unter den gesundheitlichen und sozialen Konsequenzen dieser Bedingungen leiden müssen.

HERZ-ATTACKEN WEGEN DER PILLE?

NEW YORK (Majority Report/LNS/ID)
1. November

Nach zwei vor kurzem erschienenen englischen Berichten ist die Gefahr eines tödlichen Herzanfalles bei Frauen über 40, wegen Benutzung der Pille, ungefähr 4mal so hoch wie bei anderen Frauen. Daß die Pille verstärkt zu Blutkoagulation (Blutverklumpung) führt, ist bekannt. Die US 'food and drug administration' sagte dazu, daß sie in Zukunft den Frauen über 40 empfehlen wird, andere Verhütungsmittel zu benutzen.

ERKLÄRUNG

DIE SPD UND IHRE DEMOKRATIE

FRANKFURT (ID)
20. November

Als "vorläufiger Höhepunkt der Portugalauseinandersetzung in der SPD" wird das Parteiordnungsverfahren gegen Thomas Ungricht bezeichnet, das letzte Woche vom Parteivorstand der Frankfurter SPD angestrengt wurde. In einer Presseerklärung vom 19.11. stellt die "Arbeitsgruppe für innerparteiliche Demokratie in der SPD" die Geschichte dieses Konflikts dar. Thomas Ungricht hatte auf der Soares-Veranstaltung im Bürgerhaus Nied mit einem Transparent gegen die Politik des portugiesischen Sozialistenführers demonstriert.

"Mit dieser administrativen Maßnahme will der Parteivorstand (PV) einen Schlußstrich unter die innerparteiliche Diskussion über die Portugalpolitik der SPD-Führung setzen, die keine Diskussion war. Vielmehr handelte es sich um den Versuch, mit allen dem PV geeignet erscheinenden Mitteln die innerparteiliche Kritik zum Schweigen zu bringen.

Welcher Art diese Mittel waren, soll anhand des Vorgehens des PV gegen die Unterzeichner der "Erklärung der Sechzig" noch einmal in Erinnerung gerufen werden. In dieser Erklärung, die inzwischen von ca. 150 SPD-Mitgliedern unterzeichnet wurde und auf starke Resonanz in den Ortsvereinen stieß, wurde die Politik der PS und die Art der Veranstaltung im Bürgerhaus Nied scharf kritisiert. Daraufhin wurden dreizehn als Rädelsführer beargwöhnte aktive Parteimitglieder mit an Verfassungsschutzpraktiken erinnernde Fragebögen genötigt, ihren Anteil an der Erstellung der Erklärung zuzugeben. Die übrigen Unterzeichner der Erklärung setzten sich gegen diesen Versuch des PV, sie in Rädelsführer und Mitläufer zu spalten, zur Wehr und formulierten eine weitere Erklärung, in der sie die Methoden des PV strikt ablehnten und die als gemeinsame Antwort aller Betroffenen auf die Fragebogenaktion des PV gedacht war. Dies veranlaßte wiederum den Bezirksvorstand, nun gegen alle Unterzeichner der Erklärung ein Feststellungsverfahren einzuleiten, das den Betroffenen nur die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten läßt: Entweder sie distanzieren sich vom Inhalt dieser Erklärung oder sie riskieren ein Parteiordnungsverfahren mit dem Ziel des Ausschlusses.

In der Novembernummer der Mitgliederzeitschrift "Der Sozialdemokrat" werden die Unterzeichner der Erklärung unter der Überschrift "Portugal: Offene Diskussion" indirekt als

Stalinistenfreunde verunglimpft und zum Abschwören aufgefordert. Die Tatsache, daß die Erklärung der 60 nicht abgedruckt wurde, zeigt, wie scheinheilig die Behauptung dieser Überschrift ist. In Erwiderung dieses Artikels reagierten die Betroffenen mittlerweile mit einem parteiinternen Papier.

Wieder einmal erweist sich: Die Parteiführung ist unfähig, bei politischen Entscheidungen von erheblicher Tragweite anders als disziplinarisch auf Kritik zu reagieren. Beispiele für solche Anlässe zur Kritik gab es genug: Die Wiederbewaffnungsfrage, das Godesberger Programm, die Ausstoßung des SDS, Groß-Koalition und Notstandsgesetze. Heute geht es beim politischen Kurs der SPD-Führung gegenüber der portugiesischen Revolution um eine für den ganzen südeuropäischen Raum exemplarische Festlegung der Haltung der Sozialdemokratie zu politischen und sozialen Umwälzungen im Gefolge der vertieften Wirtschaftskrise in Europa. Das sind durchaus keine politischen Routinefragen, die von Vorstandsgremien der Partei durch Ukas erledigt werden können.

Erhebt sich dann Kritik an der undemokratischen Vorgehensweise des PV, greifen die Parteiinstanzen zu Maßnahmen, deren Charakter in vielerlei Hinsicht Ähnlichkeiten aufweist mit den polizeilichen Ordnungsvorstellungen, die seinerzeit die Reaktionen auf die außerparlamentarische Opposition prägten. Die Zeiten, da die SPD mehr Demokratie schaffen wollte, sind endgültig vorbei: Diskussionsverbot, Repressalien und Gesinnungsschnüffelei dringen jetzt auch in die Partei ein. Das ist eine Gefahr, ier zu begegnen wir uns als Sozialdemokraten schon bei den ersten Maulkorberlassen durch Parteiinstanzen gezwungen sehen. Die "Arbeitsgruppe für innerparteiliche Demokratie in der SPD" sieht es als ihre Pflicht an, solche undemokratischen Verstösse gegen die elementaren Grundsätze der Kritik- und Meinungsfreiheit auch und vor allem in der Öffentlichkeit zu benennen, um ein mit rücksichtslosen administrativen Verfahrensweisen durchgesetztes Denk- und Diskussionsverbot schom im Keim zu ersticken.

Arbeitsgruppe für innerparteiliche
Demokratie in der SPD"

„DIE AUSWIRKUNGEN DER REPRESSION BEDEUTEN SCHWERE RÜCKSCHLÄGE"

HAVANNA (ID) „Im Rahmen der verschärften Repression der Militärdiktatur in den letzten Monaten nahm die DINA am 16. Oktober eine Durchsuchung der Parzelle „Santa Eugenia" von Malloco, in der Nähe Santiagos, vor, wo sich einige Mitglieder des MIR versammelt hatten. Da die DINA auf Widerstand stieß, wurde Verstärkung von der uniformierten Polizei und dem Militär angefordert. Es nahmen militärische Kräfte des Heeres und der Luftwaffe mit Helikoptern teil, die das ganze Gebiet absperrten. Nach einem Gefecht von über 5 Stunden Dauer, in dem 12 Mitglieder des Militärs fielen und mehrere Dutzend verwundet und in das Hospital von Malloco eingeliefert wurden, gelang es den Führern des MIR, die Absperrung zu durchbrechen. Bei dieser Aktion fiel der Genosse Dagoberto Perez, Mitglied der Politischen Kommission, in heldenhaftem Kampf. Es wurde niemand von ihnen verhaftet, wie die Junta fälschlicherweise gehauptete, obgleich hunderte von Anwohnern und Reisenden in öffentlichen und privaten Verkehrsmitteln in der ganzen Gegend festgenommen wurden.

In den folgenden 3 Wochen wurde die Repression bis zu einem Grad verschärft, der nur mit den ersten Tagen nach dem Septemberputsch vergleichbar ist. Gleichzeitig mit einer wütenden Pressekampagne drohte die Militärjunta mit der Todesstrafe für alle, die einem Mitglied des MIR Unterkunft oder ärztliche Hilfe gewähren, Haussuchungen und massive Razzien in Santiago, Valparaiso und Umgebung wurden härter, und sogar kirchliche Einrichtungen blieben nicht verschont. Diese Aktionen gipfelten in der Festnahme des Genossen Martin Humberto Hernandez, Mitglied des Zentralkomitees, und anderer Genossen, der Zuflucht des Generalsekretärs Andres Pascal Allende und seiner Gefährtin Mary Ann Beausire Alonso in der Botschaft von Costa Rica, sowie des von 2 Kugeln verwundeten Genossen Nelson Gutierrez Yanez und seiner Gefährtin Maria Elena Bachmann Munoz in der apostolischen Nuntiatur.

Die Auswirkungen dieser Repression – die sich auch bei anderen Parteien der chilenischen Linken sowohl in der Führung als auch in der Basis bemerkbar machte – bedeuten für den MIR und den Widerstand des Volkes schwere Rückschläge. Aber seine Verankerung in den Volksmassen und die Entwicklung seines Untergrundkampfes, der seit 2 Jahren unerbittlich gegen die Militärdiktatur geführt wird, erlauben ihm die Kontinuität seiner organischen Struktur und die Kraft, diese schwierige Situation zu überwinden.
In gleicher Weise steht das Voranschreiten der Massenbewegung, insbesondere in der Arbeiterklasse, aber auch anderer Sektoren des Volkes, außer Zweifel, wie die Junta voll Wut feststellen muß. Auch die erreichte Reorganisierung der anderen linken Parteien helfen den chilenischen Arbeitern, ihre „Wunden zu heilen" und in ihrem Kampf fortzufahren, um die blutige Diktatur Pinochets zu stürzen.

Die internationale Solidaritätsbewegung mit dem chilenischen Widerstand darf also nicht nachlassen, sondern sie muß vielmehr ihre Aktionen gegen die wachsende Gewalt der Militärdiktatur verstärken. Mehr als je zuvor gilt es, die Kräfte zu verdoppeln, um einen Wirtschaftsboykott gegen die Junta durchzusetzen, sowie ihre totale diplomatische, militärische und kulturelle Isolierung; für die Freiheit aller politischen Gefangenen zu kämpfen, für die Verteidigung der Menschenrechte, besonders der Rechte auf gewerkschaftliche Organisierung, Versammlungs- und Meinungsfreiheit und der Rechte auf Arbeit.

In diesem Moment gelten außerdem als Aufgaben von besonderer Dringlichkeit, das Leben und die Freiheit des Genossen Martin Humberto Hernandez und seiner Genossen zu fordern, ebenso die Beendigung der Repression und der Drohungen gegen das Volk und des Drucks, den die Diktatur auf die ausländischen Vertretungen ausübt, besonders von Costa Rica und dem Vatikan wegen der Aufnahme von Widerstandskämpfern. Damit will die Junta Folter und Mord zur Routine werden lassen, die ihre repressiven Kräfte in Chile eingeführt haben.

Das Auslandskomitee des MIR ruft die Kräfte der chilenischen Linken im Ausland zu gemeinsamer Aktion für die Erfüllung dieser Ziele auf und gemeinschaftlich die internationale Soidaritätsbewegung zu verstärken, die für den Kampf des chilenischen Volkes so große Bedeutung hat.

Havanna, den 9. November — Auslandskomitee des MIR"

ZUR BOMBE IM KÖLNER BAHNHOF

KÖLN (ID) 12. November „In der Nacht vom 11. auf den 12. November haben die Staatsschutzbehörden und/oder Faschisten erneut eine Bombe in einem Hauptbahnhof explodieren lassen – nach Hamburg und Nürnberg nun in Köln.

Die Abteilung Terrorismus der Bundesregierung und der Bullen wollen mit diesem wahllosen Terror das Blutbad. In Bremen und Hamburg explodierten die Bomben an Spieltagen der Fußballbundesliga. In Köln begann am 11.11. der Karneval, sicher sind auch nachts viele Menschen unterwegs gewesen; nur durch Zufall wurde niemand verletzt.

Seit der Enteignung der Kölner Pfaffen vor einiger Zeit – auch genannt der Kölner Domraub – wurden die Schließfächer am Hauptbahnhof in Köln systematisch und regelmäßig durchsucht, d.h. jedes Schließfach, jeder Koffer, jede Tasche, jedes Paket wurden durchleuchtet oder geöffnet. Aber schon im Normalfall lungern am Kölner Bahnhof immer Zivilbullen herum. Jeder kann sie dort besichtigen: sie sehen aus wie Zuhälter! Bei der verschärften Kontrolle von Bahnhof und Schließfächern, unter den Augen der Bullen können nur andere Bullen eine Bombe legen!

Die Stadtguerilla hat oft genug erklärt und durch ihre Praxis seit 1970 bewiesen, daß sich ihre Aktionen niemals gegen das Volk richten oder gerichtet haben. Die ROTE ARMEE FRAKTION hat die amerikanischen Kriegsverbrecher angegriffen. Die BEWEGUNG 2. JUNI hat CDU-Bonze Lorenz entführt und nicht Lieschen Müller oder Karlchen Schlau. Wir, die REVOLUTIONÄRE ZELLE, haben das Bundesverfassungsgericht angegriffen, wir haben an den

Kämpfen gegen Fahrpreiserhöhungen teilgenommen. In Köln z.B. wurde Anfang dieses Jahres von einer weiteren Gruppe der Stadtguerilla der Wagen des Personalchefs von Ford angesteckt, nicht aber die Autos von Kollegen. (...)"
(Aus einem Flugblatt der Revolutionären Zelle)

DOKUMENT

X

ANTRAG CROISSANTS ZUR AUFHEBUNG VON ISOLATIONSHAFT DER GEFANGENEN AUS DEM KOMMANDO HOLGER MEINS UND ANDEREN

STUTTGART (ID) 10. November Als Verteidiger des Gefangenen Karl-Heinz Dellwo im Verfahren gegen die Gafangenen aus dem Kommando Holger Meins (Dellwo, Hanna Krabbe, Bernhard Rössner, Lutz Taufer) hat Rechtsanwalt Klaus Croissant den Antrag gestellt, die vom Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes auf Betreiben des Generalbundesanwaltes und des Bundeskriminalamtes – Abteilung Terrorismus – angeordnete Isolationshaft (amtlich als „strenge Einzelhaft" bezeichnet) und alle damit verbundenen sonderbehandelnden Maßnahmen aufzuheben und zu beschließen, daß der Gefangene wie jeder andere Untersuchungsgefangene zu behandeln ist.

In seinem an den Ermittlungsrichter des Bundesgerichthofes in Karlsruhe, den Justizminister des Landes Niedersachsen in Hannover, den Justizsenator Hamburgs und den Justizminister Baden-Württembergs in Stuttgarter gerichteten Schreiben stellt Rechtsanwalt Croissant als Verteidiger der Gefangenen Karl-Heinz Dellwo, Ronald Augustin, Werner Hoppe und Carmen Roll hilfsweise den Antrag,

1. anzuordnen, daß der Gefangene Dellwo – ebenso wie die überlebenden drei weiteren Gefangenen Krabbe, Rössner und Taufer aus dem Kommando Holger Meins – sowie die Gefangenen Augustin, Hoppe und Roll im 7. Stock der Justizvollzugsanstalt Stuttgart–Stammheim in der besonderen Abteilung untergebracht werden, die dort für die Gefangenen aus der RAF eingerichtet ist, und

2. dem Gefangenen Dellwo täglich unter Sichtüberwachung Umschluß für mehrere Stunden mit der in derselben Justizvollzugsanstalt untergebrachten Gefangenen Krabbe einzuräumen.

Dazu die Begründung Croissants:

„Die Gefangenen aus dem Kommando Holger Meins befinden sich seit 24.4.1975 – dem Tag ihrer Festnahme – ununterbrochen in Isolationshaft oder – wie es in den Beschlüssen des Ermittlungsrichters heißt – in „strenger Einzelhaft". Im Unterschied zu anderen Untersuchungsgefangenen, die sich in Einzelhaft befinden, werden die Gefangenen aus dem Kommando Holger Meins von allen Mitgefangenen systematisch getrennt gehalten. Die Gefangenen werden durch dieses Haftstatut jeden zwischenmenschlichen Kontaktes beraubt. Mitgefangene, die mit den isolierten Gefangenen in Rufkontakt zu treten versuchen, werden durch massive Hausstrafen eingeschüchtert, die von der Verlegung bis zum verschärften Arrest ihrer zeitweiligen Unterbringung in Bunkerzellen – auch Absonderungszellen oder Beruhigungszellen genannt – gehen. Versucht der Gefangene während des Einzelhofganges in Rufkontakt zu Mitgefangenen zu treten, wird der Hofgang abgebrochen: so am 4.11.1975, als der Gefangene nach fünf Minuten Hofgang von vier Vollzugsbeamten in seine Zelle zurückgeschleppt wurde, weil er es gewagt hatte, einem anderen Gefangenen zuzurufen.

Auf die Haftsituation der Gefangenen trifft von Beginn an zu, was der Sachverständige Prof. Dr. Wilfried Rasch vom Institut für forensische Psychiatrie an der Freien Universität Berlin in seinem Gutachten vom 10.9.1075 bezüglich der in Stuttgart–Stammheim inhaftierten Gefangenen aus der RAF festgestellt hat:

„Die Beziehungen der Angeklagten sind jedoch weiterhin streng kanalisiert, die Angeklagten bleiben abgeschirmt von normalen oder quasi normalen Interaktionen, sie leben außerhalb der informellen Infrastruktur der Anstalt, durch die der Häftling im allgemeinen eine gewisse psychische Abstützung erfährt."

Die zerstörerischen Wirkungen der Langzeitisolation haben bei den in Stuttgart und in Hamburg inhaftierten Gefangenen aus der RAF (Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof, Jan-Carl Raspe und Irmgard Möller) zu einer so erheblichen Einschränkung ihrer Verhandlungsfähigkeit geführt, daß sie nur noch drei bis vier Stunden täglich verhandlungsfähig sind.

es wird beantragt:

die im wesentlichen zu übereinstimmenden Ergebnissen führenden Gutachten der Professoren Dr. W. A. Müller, Dr. J. Schröder, Dr. Wilfried Rasch, Dr. Werner Mende, des Privatdozenten und Leiters des gesundheitsärztlichen Dienstes der Hansestadt Hamburg, Dr. W. Naeve sowie des Arztes Dr. Folker Stövsand vom Generalbundesanwalt anzufordern.

Die festgestellten Gesundheitsschäden sind so gravierend, daß der Sachverständige Prof. Dr. Rasch in seinem Gutachten (vergleiche dort S. 6) erklärt hat,

„daß die für die Angeklagten gegebenen Haftbedingungen der Einleitung einer angemessenen Behandlung entgegenstehen bzw. eventuell zu einer weiteren Verschlechterung ihres Gesundheitszustandes führen."

Die gesundheitszerstörenden Wirkungen der Langzeitisolation beginnen bereits nach wenigen Monaten, mit Sicherheit jedoch nach einer Isolationshaft von der Dauer und der Intensität, die die Gefangenen aus dem Kommando Holger Meins erfahren haben und täglich weiter erfahren.

Der Leiter des Gerichtsärztlichen Dienstes der Gesundheitsbehörde Hamburg, Privatdozent Dr. W. Naeve (vergl. Naeve/Becker, zur gerichtsärztlichen Beurteilung der Haft-, Verhandlungs- und Arbeitsfähigkeit in: Archiv für Kriminologie Bd. 151, 129 146) hat in einem Gutachten vom 16.9.1975 in dem Verfahren gegen die Gefangene Irmgard Möller zu den Wirkungen der Langzeitisolation folgendes festgestellt und aufgrund dieser Feststellungen die ärztlich gebotenen Forderungen erhoben:

„Die langzeitige und zeitweilig nahezu vollständige Isolierung der Untersuchungsgefangenen von Mitgefangenen, der zwangsweise weitgehend unterbrochene Kontakt zu anderen Personen hat zweifelsfrei zu einer wesentlichen Beeinträchtigung der psychischen Funktionen und Leistungsfähigkeit geführt, ohne daß sich das Ausmaß dieser Störungen auf die Einzelbereiche exakt bestimmen läßt. Von gerichtsärztlichem Standpunkt aus ist zur Vermeidung noch ausgeprägterer psychischer Störungen bei Fortdauer der Isolierung in vorgenanntem Sinne – denen dann ein Krankheitswert beizumessen wäre– unbedingt die vollständige Aufhebung der Isolierhaft zu fordern. I. Möller ist in den Bedingungen ihrer Untersuchungshaft anderen Untersuchungsgefangenen gleichzustellen. Anderenfalls besteht Gefahr einer bedeutenden und nichtgutzumachenden Störung ihrer Gesundheit."

Der Gutachter Dr. med. Folker Stövsand ist im gleichen Verfahren zu dem Ergebnis gekommen, daß die Gefangene unter den Bedingungen der Isolationshaft haft- und verhandlungsunfähig sei.

Wegen der Art des Vollzugs der Isolationshaft, insbesondere des damit untrennbar verbundenen Systems sonderbehandelnder Maßnahmen, verweise ich auf die Ausführungen in meinem Schriftsatz vom 18.6.1975.

II.

1. Der Hauptantrag auf Beseitigung der Isolationshaft und des damit verbundenen Systems sonderbehandelnder Maßnahmen ist nach den sechs Sachverständigengutachten, die in den Prozessen in Stuttgart und Hamburg erstattet wurden, ein unabweisbares rechtliches Gebot. Es gibt keine Sicherheitserwägungen, die es gestatten würden, Gefangene durch ein bestimmtes Haftstatut gesundheitlich zu zerstören: das Verbot des Artikels 3 der Menschenrechtskonvention, einen Menschen der Folter oder unmenschlicher Behandlung auszusetzen, duldet keine Ausnahme.

Die gegen § 119 Abs. 3 StPO und Artikel 3 MRK verstoßende Sonderbehandlung der Gefangenen aus dem Kommando Holger Meins wird durch nichts deutlicher als durch die Tatsache, daß sie von Anfang an dem spezifischen Haftstatut unterworfen werden, das auf politische Gefangene in der BRD angewendet wird: der Institution Isolation. Während alle anderen Gefangenen dem normalen Haftstatut unterliegen, das ihnen auch in Einzelhaft die üblichen Kontakte zu Mitgefangenen durch gemeinschaftlichen Hofgang und die üblichen Gemeinschaftsveranstaltungen erlaubt, während alle anderen Gefangenen nur bei Verstößen gegen die Anstaltsordnung

und nur zeitweilig auf dem Wege über sogenannte Hausstrafen von Mitgefangenen isoliert werden, ist den Gefangenen aus dem Kommando Holger Meins vom Tage ihrer Festnahme an das Sonderstatut der Isolationshaft auferlegt worden. Diese Sonderbehandlung ist – das kann nach den Gutachten der Sachverständigen nicht mehr geleugnet werden – nichts anderes als Vernichtungshaft. Langzeitisolation ist diejenige Haftform, die zur gesundheitlichen Zerstörung und damit zur Liquidierung politischer Gefangener, zum Auslöschen ihrer Identität, führen muß.

Im Kommentar zur Untersuchungshaftvollzugsordnung von Grunau findet sich zu Nr. 60 folgende Anmerkung:

„Die völlige Abschließung eines U-Gefangenen wird von den Landesjustizverwaltungen als seltener Ausnahmefall angesehen. Das gibt sich aus den beigegebenen Kautelen ‚falls unbedingt notwendig' und ‚für gewisse Zeit'. Beides ist unvermeidbar unbestimmt. ‚Undedingt notwendig' ist die völlige Abschließung, wenn und solange die U-Haft ohne sie sinnlos wäre. Ein solcher Fall ist z.B. denkbar bei Verfahren wegen Verrats oder Spionage. Der Begriff ‚gewisse Zeit' bedeutet zwar einen unbestimmten Zeitraum, mahnt aber den Richter und den Staatsanwalt zu steter Selbstkontrolle, das Ende der völligen Abschließung des U-Gefangenen von der Außenwelt im Auge zu behalten."

Derartige Umstände für die Verhängung und Aufrechterhaltung einer Isolationshaft sind offensichtlich nicht gegeben. Ihre Praktizierung gegenüber den Gefangenen aus dem Kommando Holger Meins dient allein dem von der Counterinsurgency, deren Repräsentant der Generalbundesanwalt ist, verfolgten Ziel: die Gefangenen als Angehörige einer angeblich „zahlenmäßig verschwindend geringen Gruppe der Bevölkerung" (vgl. zu diesem Zitat und seinem Zusammenhang den Beschluß des dritten Strafsenats des Bundesgerichtshofs vom 22.10.1975), die gegen die Gewalt des imperialistischen Staates revolutionäre Gegengewalt anwenden, durch das Folter- und Gehirnwäscheprogramm der Langzeitisolation als politische Subjekte zu vernichten.

Mit dem Beschluß vom 22.10.1975 haben die Richter Scharpensel, Mayer und Schauenburg als Mitglieder des 3. Strafsenats bewiesen, daß sie in der Tradition des Dritten Reiches stehen, eines Regimes, das sich durch die bewußte Vernichtung von Minderheiten und politischer Gegner in einem bis dahin unvorstellbaren Ausmaß hervorgetan hat. Damit stimmt überein, daß der Bundesgerichtshof für die Freisprüche des ehemaligen KZ-Arztes Borm und des früheren Richters Reehse am Freißler'schen Volksgerichtshof verantwortlich zeichnet.

Will der Ermittlungsrichter sich nicht in diese Tradition stellen, wird er dem Hauptantrag trotz des Sonderbehandlung, Folter, Gehirnwäsche und Vernichtungshaft legitimierenden Beschlusses des 3. Strafsenates stattgeben müssen. Um etwaigen Verharmlosungen und Mißverständnissen über den Begriff dessen, was Folter ist, vorzubeugen, ist diesem Schriftsatz eine Fotokopie des Berichtes der Vereinten Nationen – Abt. IV – unter Hinweis auf Seiten 14 bis 16 des Entwurfes der Anti-Foltererklärung beigefügt.

Es wird gebeten, über den Hauptantrag auch dann zu entscheiden, falls dem Hilfsantrag ganz oder teilweise entsprochen werden sollte.

2. Der Hilfsantrag wird gestellt, weil eine Zusammenlegung möglichst vieler politischer Gefangener in einer Justizvollzugsanstalt geeignet ist, dem zerstörerischen Prozeß der Isolationshaft entgegenzuwirken.

Der Sondertrakt für männliche Gefangene in der Justizvollzugsanstalt Stuttgart–Stammheim besteht aus acht Zellen, von denen nur zwei belegt sind. Die Verlegung der drei männlichen Gefangenen aus dem Kommando Holger Meins sowie der Gefangenen Werner Hoppe und Ronald Augustin wäre deshalb ohne weiteres möglich. Die Gefangene Carmen Roll hat sich bereits während des 145 tägigen Hungerstreiks sowie einige Wochen danach im 7. Stock der Jusitzvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim befunden, ohne daß ihr Aufenthalt dort zu irgendwelchen Schwierigkeiten geführt hätte.

Die Zustimmung der für die Gefangenen Augustin, Hoppe und Roll zuständigen Instanzen, des Senators für Justiz in der Hansestadt Hamburg sowie der Justizminister der Lander Niedersachsen und Baden-Württemberg, kann ohne rechtliche Schwierigkeiten erlangt werden.

Außerdem ist es bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt möglich, den Gefangenen Karl-Heinz Dellwo und Hanna Krabbe – entsprechend der Regelung für die politischen Gefangenen in den Vollzugsanstalten Hamburg, Kaiserslautern und Stuttgart-Stammheim – Umschluß zu gewähren.

Um den gesundheitlichen Gefahren der anhaltenden, perfektionistisch durchgeführten Isolationshaft wenigstens in beschränktem Umfang und sofort entgegenzuwirken, wird gebeten, über den Umschlußantrag vorab und sofort zu entscheiden.

Rechtsanwalt Dr. Croissant."

DIE BEWAFFNETEN AUSEINANDERSETZUNGEN ZWISCHEN OFFIZIELLER UND PROVISORISCHER IRA IN BELFAST

OBERURSEL (ID) 15. November

Seit dem 10. Oktober haben sich ca. 80 bewaffnete Aktionen zwischen den beiden Organisationen ereignet. Dabei wurden bis heute mehr als acht Personen getötet und ca. 20 zum Teil schwer verletzt. Hintergrund der Auseinandersetzung ist der seti dem Waffenstillstand schwelende Konflikt über die Kontrolle der katholischen Ghettos. Bei den Waffenstillstandsverhandlungen mit den Briten wurde im Rahmen eines verbindlich fixierten Zwölf-Punkte-Programms (siehe Info 10 des Irlandkomitees) den Provos das Recht auf quasi Polizeigewalt und sogenannte Incident-Centers (lokale Administration) zugesichert, dazu vor allem das Recht, ungestört lokale Co-op-Center, kleine Betriebe und Instandsetzungsfirmen einzurichten. Vor allem die vertraglich abgesicherten Incident-Centers wurden von der Bevölkerung allgemein anerkannt, genutzt und konnten sich nahezu unumschränkt die Zustimmung der Bevölkerung sichern.

Plausibel, daß die offizielle IRA, die die Provos jahrelang zum möglichst bedingungslosen Waffenstillstand aufgerufen hatte, sich diesen so nun nicht gedacht hatte. Anfang September erklärte deshalb die Führung der Belfast Brigade der Officials, ihre Mitglieder wieder in den Besitz der vorher eingesammelten Waffen gesetzt zu haben und auch, daß sie ab sofort durch verstärkte bewaffnete Strassenkontrollen für den „lokalen Frieden" eintreten wolle. Um zu demonstrieren, daß sie „auch noch da sind", gingen sie mehrfach soweit, bei nächtlichen Kontrollen bekannte Führer der provisorischen IRA zu kontrollieren und nach Waffen abzusuchen. Offensichtlich glaubten sie, derart verfahren zu müssen, weil die Situation des Waffenstillstandes den Provos die niegekannte Möglichkeit bot, sich in den Ghettos strukturell zu verankern.

Trotz der damit verbundenen offenen Provokation gegenüber den Provos, die sich um die Früchte ihres Verhandlungsergebnisses mit den Briten gebracht sahen, kam es erst am 10. Oktober zu offenen bewaffneten Auseinandersetzungen. An diesem Tag überfiel ein Kommando der Officials eine Co-op-Einrichtung der Bevölkerung, die „Graiste an Phobail" im Whiterock Distrikt, einem Bezirk mit wenig Sympathien für die Officials. Die dortige „Volksgarage" hatte sich mehrheitlich geweigert, den bisher üblichen Betrag von 15 Pfund pro Woche an die Officials zu zahlen, nicht zuletzt auf Initiative der dort arbeitenden Mitglieder der IRSP (Irish Republican Socialist Party, linker Sproß der Officials). Bei dem Angriff auf die Belegschaft wurde Sean McNamee (von der IRSP) getötet wie die 20jährige Geraldine Macken. Drei weitere Frauen (Marie McAela, Ann Callaghan, Josie McAlea) wurden schwer verletzt, als die Officials ebenfalls einen anderen, benachbarten Co-op-Betrieb (Macken firm) in Brand setzten. Die Tatsache, daß bis zu diesem Zeitpunkt keinerlei Vergeltung von der Seite der Provisionals verübt wurde, findet seine Bestätigung nicht nur in der bürgerlichen irischen Presse, sondern auch in den Dokumentationen anderer sozialistischer Organisationen.

Obwohl die Verletzten und Ermordeten weitgehend mit der IRSP sympathisierten, nahmen sich die Provisionals in einer sofort eingeleiteten großen Protestkampagne der Sache an. Das zuständige Incident-Center auf der New Lodge Road vereinbarte eine Pressekonferenz mit den verletzten Frauen. Eine Stunde vor dem Treffen mit der Presse wurde Seamus McOsguir, Leiter des IC, in Begleitung einiger Frauen von der offiziellen IRA erschossen. Diese verrückte Tat mußte notwendig von den Provos als ein Anschlag auf die Auto-

rität ihrer IC's verstanden werden, ein „Hinweis" von seiten der Officials, sich nicht in „ihre" Angelegenheiten einzumischen. Die Frage nach der Machtkontrolle und der Funktion der im Waffenstillstand orientierten Mitglieder in Schach zu halten.

Damit war die bewaffnete Kampagne eröffnet: die Provos verbrannten und zerbombten mehrere Treffpunkte der Officials und leiteten in breiter Front militärische Angriffe gegen deren Vertreter ein.

Wichtig ist, daß die Officials genau gewußt haben müssen, daß die kommende Reaktion auf ihre Taten unausweichlich war, die sie im Grunde planmäßig seit September herbeigeführt haben. Obwohl sie damit die alleinige Schuld (zum zweiten Mal seit den Anschlägen auf die IRSP) für das Zustandekommen der Entwicklung tragen, ist damit die blutige Antwort der Provisionals politisch nicht gerechtfertigt.

Wir veröffentlichen wie folgt die Erklärung der IRSP zu den Ereignissen:

„Das Zentralkomitee der IRSP verurteilt den blutigen Kampf zwischen Provos und Officials auch dann, wenn sie die plausiblen Gründe für dessen Zustandekommen genau kennt. Das Ergebnis nämlich kann nur die überwältigende Schädigung des antiimperialistischen Kampfes national und international sein. Die Gewinner dabei sind zuerst die Briten in Nordirland, die darin einen Vorwand finden könnten, die verhaßte RUC-Polizei erneut zum „Friedenstiften" in die katholischen Gebiete zu seinden. Darüberhinaus wird die dringend notwendige Einheitsfront aller antiimperialistischen Kräfte weiter erschwert.

Wir sind der Ansicht, daß die Konflikte zwischen den beteiligten Organisationen politisch ausgetragen werden können und müssen, und wir sagen das erst recht, weil wir selber immer noch Opfer der blutigen Angriffe der Officials sind, die nicht einsehen wollen, daß sie ihre ehemalige Bedeutung und ihren Einfluß verlieren. Deshalb fordern wir dazu auf, daß sich in Südirland sofort die Vertreter aller antiimperialistischen Organisationen, unter Einbeziehung der Officials treffen, um eine Beendigung des bewaffneten Konflikts zu erreichen."

Ausführliche Informationen über die Lage in Irland finden sich im neuen Info 10 des Westdeutschen Inrlandsolidaritätskomitess, 637 Oberursel 5 – Postfach 35.

NOTIZEN AUS STAMMHEIM

BERICHT VON DER VERHANDLUNG AM 28. 10.
BEMERKUNGEN ZUM ABLEHNUNGSANTRAG
AUSZÜGE AUS DEM BESCHLUSS DES BUNDESGERICHTSHOFS

Dieser Verhandlungstag ist Chaos und Konfrontation und Gewalt im physischen und psychischen Sinn. Einzig durchgängiges Element ist auf der einen Seite der Versuch der Vertrauensverteidiger (mit zwölf Leuten diesmal in größtmöglicher Besetzung) und der Angeklagten, endlich rechtliches Gehör zu erlangen, und sei es nur mit Hilfe eines Ablehnungsantrags, und auf der anderen Seite die hartnäckige Weigerung des Senats und der Bundesanwaltschaft, dieses rechtliche Gehör zu gewähren. Das führt zu extremen Situationen. Die Verteidiger wollen sich nicht dauernd unterbrechen lassen, Prinzing verfügt die Abschaltung ihrer Mikrofone, die Auseinandersetzung wird ohne elektrische Verstärkung fortgeführt: die Verteidiger tragen ihren Antrag und ihre Proteste mit vollster Lautstärke vor, Prinzing und andere Senatsmitglieder versuchen dagegen anzubrüllen, die Bundesanwälte schreien dazwischen, der Saal wird unruhig – solche Szenen gibt es mehrfach und oft minutenlang ohne Atempause. Dreimal (das letzte Mal durch vorzeitigen Beginn der Mittagspause) versucht Prinzing, Ruhe und Ordnung durch Rückzug in Beruhigungsunterbrechungen wiederherzustellen. Umsonst, das Durcheinander bleibt. Daher zunächst die Darstellung der wesentlichsten Eindrücke vom Verhandlungsverlauf, dann der im Mittelpunkt stehende und von Prinzing völlig zerstückelte Ablehnungsantrag von Verteidigung und Angeklagten – soweit rekonstruierbar – im Zusammenhang.

Nach Erledigung einiger Formalitäten durch den Vorsitzenden (Feststellung der Verteidiger Anwesenheit und der Mandatsverteilung) und nach einem Beschluß, entgegen dem Antrag der Bundesanwaltschaft, Temming als Vertreter der erkrankten Verteidigerin Becker zuzulassen, will Verteidiger Pfaff über Verschlechterungen der Haftbedingungen sprechen: der Bundesgerichtshof habe die ‚freiwillige' Anwesenheit der Angeklagten bei der Verhandlung zugelassen, Prinzing erschwere die Ausübung dieses Rechts, indem er an Verhandlungstagen – wenn die Gefangenen sich für Teilnahme entschieden haben – Umschluß und Hofgang untersage. Der Vorsitzende winkt ab: das ist nicht Gegenstand der Hauptverhandlung, dekretiert er. Heldmann protestiert, aber die öffentliche Stellungnahme gegen die Ausschaltung der Öffentlichkeit in zentralen Fragen wird ihm verwehrt. Prinzing läßt das Mikrophon abstellen. Unruhe, Zwischenrufe der Verteidiger mit der Forderung nach rechtlichem Gehör – nichts nützt, Prinzing bleibt dabei und sagt es noch einmal mit aller Deutlichkeit: „Die Haftbedingungen gehören nicht zur Hauptverhandlung". Da bleibt einem die Spucke weg. Die Haftbedingungen, die letztlich zum Tod von Holger Meins geführt haben, die seit Prozeßbeginn Gegenstand zahlreicher Anträge waren, die eine zentrale Rolle in den ärztlichen Gutachten spielen und dort ausdrücklich als Mitursache für den miserablen Gesundheitszustand der Angeklagten genannt werden, die seit weit mehr als zwei Jahren in der bundesdeutschen und internationalen Öffentlichkeit kontrovers diskutiert werden: diese Haftbedingungen sollen nicht in die öffentliche Hauptverhandlung gehören, sollen, wie die Verteidigung es schon öfter zu nennen gezwungen war, in ‚Kabinettsjustiz' verhandelt werden. Das wirft ein bezeichnendes Licht darauf, wie unangenehm dieses Thema dem Senat ist und wie es um Prinzings Verhältnis zum Öffentlichkeitsprinzip bestellt ist. Die Öffentlichkeit (so kümmerlich sie sowieso schon im Saal ist) darf, wie er schon öfter bemerkt hat, „zuhören und sonst nichts". Und was sie hören darf, bestimmt Prinzing und sonst niemand.

Die Verteidiger gehen dazu über, ihren Ablehnungsantrag zu stellen. Plottnitz beginnt für Raspe, meint, man könne nach den Vorkommnissen der letzten Wochen nicht so einfach zur Tagesordnung übergehen und gibt einen Überblick über die vorzubringenden drei Komplexe vonAblehungsgründen: 1. Das Mundverbot für Angeklagte und Verteidigung, das faktische Verbot, sich zu zentralen Fragen zu äußern, seit dem 30.9. (Ausschlußbeschluß) habe nur der Vorsitzende gesprochen, 2. Die Begründung des Ausschlußbeschlusses, 3. Die Nichterfüllung der Pflichten des Senats, die sich gegenüber den Angeklagten aus den ärztlichen Gutachten ergeben (Behandlung, Änderung der Haftbedingungen).

Schon greift Prinzing ein – obwohl er ab sofort als abgelehnter Richter gilt und inhaltlich keinerlei Befugnisse mehr hat. Darüber setzt er sich schlicht hinweg, nicht etwa souverän, eher kleinlich und engstirnig sich durchsetzen wollend. Plottnitz habe, so meint er, zunächst mal darzulegen, ob sein Antrag überhaupt zulässig ist, ob nämlich die Ablehnungsgründe nicht vielleicht schon sämtlich verspätet seien (Anm.: Dazu gibt es eine Vorschrift in der Strafprozeßordnung – § 25 – die nicht „unverzüglich" eingebrachte Ablehnungsanträge unter bestimmten Voraussetzungen für unzulässig erklärt.). Plottnitz erwidert, daß die letzten Ablehnungsgründe vom 24.10. stammten, mit den anderen Gründen zusammenhingen und außerdem jetzt die erste Möglichkeit nach Unterbrechung der Hauptverhandlung sei, sie vorzubringen. Im übrigen bestimme er selbst seine Antragsbegründung und die Reihenfolge des Vorbringens.

Und so fährt Plottnitz fort oder versucht es zumindest. Kaum hat er mit genauerer Ausführung der Antragsgründe begonnen, bespricht sich Prinzing mit seinen Beisitzern – Proteste der Verteidiger, Fortführung des Antrags, erneute Unterbrechung durch Prinzing – „Wenn Sie jetzt nicht zunächst vorbringen, daß der Antrag unverzüglich ist, dann verfüge ich eine Zeitbeschränkung", droht er unverhüllt –, wieder Verteidigerproteste, diesmal lauter. Prinzing droht weiter mit Zeitbeschränkung, die empörten Gegenäußerungen werden immer erregter, der Vorsitzende lehnt sich mal resigniert kurz zurück, mal beugt er sich, sich sichtlich einen Ruck gebend, vor, gibt irgendwelche Aufforderungen durchs Mikrofon und spricht oder ruft etwas von „längst überholten Dingen" und immer wieder von Zeitbeschränkung. Plottnitz setzt sich durch, kann ein paar Sätze seiner Begründung anbringen und wird schon wieder unterbrochen, diesmal von der Bundesanwaltschaft, die das Wort zu einem „Antrag zu den wei

teren Ausführungen" verlangt und es auch ohne Umschweife - inmitten eines Ablehnungsantrages! – erhält.

Die Unverzüglichkeit sei das einzige Probelm des Ablehnungsantrages, meint die Bundesanwaltschaft, und überhaupt wollten die Verteidiger nur betreiben, was sie seit dem ersten Verhandlungstag gemacht hätten: Prozeßverschleppung natürlich und sonst nichts. Deshalb solle der Antrag nicht weiter gehört werden und zunächst eine Entscheidung über die Zulässigkeit gefällt werden.

Minutenlang versteht man kaum sein eigenes Wort im Saal, so laut bricht der Protest auf seiten Verteidigung und Angeklagten aus. Senat und Bundesanwälte brüllen zurück, verstehen tut man praktisch nichts mehr. Chaos.

Prinzing nutzt eine leichte Beruhigung: Es gibt keine Möglichkeit, gegen solche Verteidiger vorzugehen, bedauert er, aber immerhin hat der Bundesgerichtshof mal gesagt, daß Pflichtverteidiger auch im öffentlichen Interesse tätig seien ... Das heißt also: Prinzing droht bei mangelndem Wohlverhalten mit dem Entzug von Pflichtverteidigermandaten. Und nachdem er das getan hat, zieht er sich mit seinem Senat zu einer Pause zurück, um zu entscheiden, „ob der Antrag weiter gehört werden kann".

Knapp vierzig Minuten braucht die Beratung, dann versucht Prinzing, die Verteidiger über ihre Pflichten zu belehren, ermahnt sie, sich der Verhandlungsführung zu beugen, liest Zitate vor, aus denen sich ergeben soll, daß das Verhalten der Verteidigung eine Nötigung darstellen könne usw. – das alles macht er als abgelehnter Richter und provoziert damit sogleich erneut lautes Zwischenrufen, das sich eskaliert und nach nur sechs Minuten dazu führt, daß Prinzing seinen Senat sich wieder erheben und rausgehen läßt – nicht ohne daß er, fast schon im Hinausgehen, ruft: „Wenn Sie hier nicht still sind, dann wird die Verhandlung fortgeführt zu Zeiten, wo es Ihnen nicht möglich ist".

Wieder Pause, danach wieder Versuch von Plottnitz, seine Antragsbegründung fortzuführen, Unterbrechung von Prinzing, lautes Rufen, Protestieren, Schreien. Hilfesuchend, auch ganz körperlich durch eine halbe Drehung sich an die Bundesanwaltschaft wendend, meint der Vorsitzende („flehentlich", wie es ein Verteidiger später treffend nennt): „Ich bitte die Bundesanwaltschaft, Stellung zu der Frage zu nehmen, ob Rechtsanwalt Plottnitz Pflichtverteidiger bleiben kann." Das ist zuviel: Die Verteidigerbank explodiert fast, im Saal gibt es leichten Beifall für Prinzing und eine Gegenreaktion dagegen. Ein Genosse im Saal springt auf, schimpft lauthals auf die diesmal von Prinzing ohne Reaktion zugelassene Parteilichkeit im Saal. Prinzing reagiert stocksteif mit „Entfernen Sie diesen Mann!", merkt dann an den Reaktionen, daß er zu weit gegangen ist, nimmt seine Anordnung zurück und befiehlt in hilfloser scheinbarer Liberalität, der Mann könne drinbleiben, wenn er sich ruhig verhalte. Gleichzeitig, während der tumultartigen Szenen, haben sich Saalbeamte in den Reihen verteilt, sie ermahnen, teilweise bedrohen sie Zuschauer, die sich empört äußern und kümmern sich dabei nicht im geringsten um die Grenzen ihrer Befugnisse (sie dürfen nur auf Anordnung des Vorsitzenden eingreifen).

Prinzing gibt auf und unterbricht die Sitzung bis um 14 Uhr. Im Hinausgehen ruft Bundesanwalt Wunder noch einen Antrag hinterher: Das private Tonband der Verteidiger solle auf Dauer entfernt werden.

Prinzing nach der Mittagspause: Wir setzen die Sitzung fort oder versuchen es wenigstens. Die Frage der Entpflichtung von Plottnitz wird zurückgestellt, solange der Ablehnungsantrag läuft. Im weiteren rechtfertigt der Vorsitzende seine ständigen Unterbrechungen oder versucht es wenigstens und setzt Plotznitz eine Frist von 15 Minuten, innerhalb derer für das Gericht erkennbar werden müsse, daß der Antrag nicht verspätet sei. Anderenfalls werde das Wort entzogen. Naja, Plotznitz beginnt und spricht mehr als 15 Minuten, ohne sich beeindrucken zu lassen, und Prinzing sagt auch zunächst nichts mehr. Spangenberg schließt sich dem Antrag an und fügt eigene Gründe hinzu. Es scheint ruhig weiterzugehen, aber Prinzing schafft es doch nicht endgültig, erst mal zuzuhören. Als Baader spricht, lehnt der Vorsitzende zunächst ab, die Ablehnungsbegründung der Angeklagten auf den nächsten Verhandlungstag zu verschieben (wegen Verhandlungsunfähigkeit), also beginnt Baader jetzt mit seinen Gründen. Wie immer redet er Prinzing mit Prinzing an und wie manch mal meint Prinzing, sich das nicht gefallen lassen zu dürfen – „wir wollen doch hier die Form wahren, Herr Baader!" – und erklärt umständlich, daß man ihn ohne weiteres Prinzing nennen dürfe, außer wenn man ihn direkt anspreche: dann müsse es, bitteschön, doch ‚Herr Prinzing' heißen. Baader spricht weiter, aber nur kurz, dann beginnt alles von neuem: Prinzing bringt wieder die Frage der Unverzüglichkeit hervor, es gibt ein Hin und Her darüber, inhaltliche Einwände, hat man den sicheren Eindruck, versteht der Vorsitzende einfach nicht, da hat sein Kopf Grenzen, aber auch von Heldmann schlüssig vorgebrachte juristische Argumente übergeht er irgendwie durch Mechanismen selektiver Wahrnehmung. Typische Verhaltensweise: Heldmann bringt detailliert vor, warum der Antrag nicht verspätet ist. Prinzing belehrt Baader, daß sein Antrag nicht verspätet sein dürfe. Heldmann macht Prinzing darauf aufmerksam, daß er gerade diese Frage erläutert habe. Prinzing darauf platt und abschließend, mit geradezu ergreifender Schlichtheit: „Nein!".

In dem Stil geht es weiter. Baader wird ermahnt wegen seiner Wortwahl (z.B.: „Das Gericht ist keine Folterinstanz!", meint Prinzing auf einen entsprechenden Vorwurf), dann entzieht ihm der Senat das Wort wegen ‚Abschweifung', weil er versuchte, den Zusammenhang der aktuellen Ablehnungsgründe mit der Verleumdungskampagne gegen Sartre und mit der Verhaftung Croissants und Ströbeles herzustellen.

Wieder typischer Verhaltensablauf bei Prinzing:

Heldmann erweitert wegen des Wortentzugs die Ablehnungsgründe (‚Außerkraftsetzung der Strafprozeßordnung'). Prinzing: Was soll das? Heldmann mit sanfter Ironie: Ich will Sie provozieren, damit Sie mich unterbrechen. Prinzing (versteht nichts mehr): Ich will nur wissen, worum es geht. Heldmann mit jetzt mehr beißender und fast verzweifelter Ironie: Ich mache Ihnen einen Vorschlag: Sie geben mir zwei Stunden Zeit, dann formuliere ich meinen Ablehnungsantrag und lege ihn Ihnen schriftlich zur Vorzensur vor. Einverstanden? Prinzing (versteht überhaupt nichts mehr): Nein.

Heldmann führt die Ablehnungsbegründung fort, Pfaff schließt sich an, dann Ulrike Meinhof. Als sie als eine Funktion der Isolation das Provozieren von Verrat ausführen will, entzieht Prinzing ihr das Wort wegen „fehlenden Sachzusammehangs". Golzem führt die Begründung an der unterbrochenen Stelle fort, wird nach wenigen Sätzen verwarnt und nach weiteren unterbrochen: Wortentzug wegen Abschweifung. Oberwinder fährt fort, wird verwarnt, schafft es aber gerade noch bis zum Ende seiner Ausführungen. Raspe macht weiter, wird, als er davon spricht, daß Bundesanwalt Wunder seinen „Schließmuskel" nicht habe halten können, unterbrochen: Wortentzug wegen Beleidigung. Nach einer kurzen Auseinandersetzung darüber fährt Gudrun Ensslin fort und wird nach wenigen Sätzen, ja was den wohl, wegen fehlenden Zusammenhangs verwarnt. Baader: Fängt die Schweinerei schon wieder an ... Zeiss, Bundesanwalt, nimmt sich das Wort und beantragt, mitten in der Ablehnungsbegründung, Baader wegen Beleidigung und Störung auszuschließen. Die Verteidiger protestieren dagegen, daß Prinzing Zeiss nicht wegen Unterbrechung rügt, Prinzing behauptet, er habe Zeiss zuvor das Wort durch Kopfnicken erteilt (!) (dazu Baader: diese Sorte von Telepathie ist hier bereits bekannt), und er schließt Baader für den Rest der Woche von der Verhandlung aus. Im Saal Proteste. Beamte gehen wieder in Eigenregie vor, das gibt erst recht Unruhe. Die Grünen bei der Anklagebank werden gewalttätig: Baader sitzt innen, vor ihm Meinhof. Die Beamten wollen sie wegzerren, um Baader abführen zu können, sie wehrt sich. Buh-Rufe im Saal. Hin- und Hergezerre, schließlich geht Baader ‚freiwillig' und Ulrike mit ihm.

Gudrun Ensslin macht weiter, nach ein paar Sätzen: Wortentzug wegen fehlenden Zusammenhangs. Sie hatte gesagt: Mit dem Beschluß des Bundesgerichtshofes ist die Bundesrepublik der erste Staat der Welt, der auf Justizebene foltert. – Ensslin und Raspe gehen.

Der Reihe nach nehmen jetzt die Verteidiger das Verhalten Prinzings in der heutigen Sitzung zum Anlaß für erneute Ablehnungsanträge. Die Bundesanwaltschaft nimmt Stellung, wiederum nicht ohne vorher das Abstellen des Verteidiger-Tonbandgerätes verlangt zu haben. Inhalt der Stellungnahme: Die Ablehnungsanträge seien unzulässig, weil rechtsmißbräuchlich und prozeßverschleppend.

Die Verteidiger nehmen nochmals Stellung dazu und werfen Bundesanwalt Wunder vor, keine inhaltlichen Argumente zu bringen,

sondern die ‚Sprache der Macht' zu sprechen. Ihre Proteste und ihr Gesamtverhalten während der Sitzung begründen sie mit einem ‚prozessualen Notwehrrecht'.

Prinzing schließt die Sitzung um 16.45 Uhr und legt die Fortsetzung auf Donnerstag (den übernächsten Tag), weil ein Richter gesundheitliche Probleme hat. Bei Richtern ist diese Rücksicht offenbar üblich.

ABLEHNUNGSANTRAG

Der Ablehnungsantrag von Verteidigung und Angeklagten enthält folgenden Hauptinhalt. Er ist stark verkürzt wegen der ständigen Unterbrechungen. Ich habe zwar noch eine Menge weiterer Einzelargumente notiert, sie zusammenhangslos hintereinanderzustellen ist jedoch wenig sinnvoll.

Die Verweigerung des rechtlichen Gehörs, die dauernden Versuche, die Erörterung von Haftbedingungen und Gesundheitszustand der Angeklagten aus der Hauptverhandlung herauszuhalten (wird in vielfacher Hinsicht ausgeführt) und schließlich als Kulminationspunkt der Ausschluß (entsprechend einem ebenso bezeichnender wie ungewöhnlicherweise von Buback persönlich unterzeichneten Antrag der Bundesanwaltschaft) erklären sich daraus, daß die medizinischen Gutachten der Sachverständigen den Richtern nicht in ihr Konzept paßte. Die Sachverständigen gehen auf Menschen ein, auf verteidigungsfähige Subjekte; sie legen offen, daß die Haftbedingungen schädlich sind und daß die Isolation aufgehoben werden muß. Dadurch geraten die Richter in ein Dilemma: sie müssen jetzt, um die längst beschlossene „Aburteilung" (dieser Ausdruck wird im Ausschluß-Beschluß des Bundesgerichtshofes gebraucht) der Gefangenen durchzuziehen, nicht nur stumme, sondern auch noch unsichtbare Angeklagte produzieren. Daher der Senats- und der Bundesgerichtshofbeschluß zum Ausschluß; dabei sind diese Beschlüsse keine ‚Rechtssprüche', sondern Machtsprüche einer politischen Justiz, die gesetzliche Tatbestände fingiert oder unterdrückt, um ihre Ziele zu erreichen.

Die beiden Beschlüsse stellen Rechtlos- und Kriegserklärungen der Richter gegen die Gefangenen dar. Erstmals nach dreieinhalb Jahren werden in ihnen die gesundheitszerstörenden Haftbedingungen nicht mehr bestritten; diese werden vielmehr für rechtmäßig erklärt. Damit nimmt sich die Jusitz das Recht auf Folter. Damit hat die politische Justiz der Bundesrepublik die Schwelle zu Zuständen überschritten, die in faschistischen Staaten wie Spanien kurz vor ihrer Abschaffung stehen. In der Praxis zeigt sich dies bereits daran, daß entgegen den Schlußfolgerungen der medizinischen Gutachten die Haftbedingungen der Gefangenen bisher nur geringfügigst geändert wurden, statt daß endlich eine Integration in den Normalvollzug verfügt wird.

Die Widersprüche zwischen dem Senatsbeschluß und dem des Bundesgerichtshofes — der Bundesgerichtshof raumt den Gefangenen anders als der Senat das Recht ein, ‚freiwillig' an der Verhandlung teilzunehmen — erklärt sich daraus, daß der Bundesgerichtshof als Staat spricht, der Senat aber als Instrument des Staatsschutzes.

AUSZÜGE AUS DEM AUSSCHLUSS-BESCHLUSS DES BUNDESGERICHTSHOFES

Am 30.9.1975 verfügen die Stammheimer Richter auf Antrag der Bundeaanwaltschaft den Ausschluß der Gefangenen von der Hauptverhandlung. Angeklagte und Verteidigung (sogar einige Zwangsverteidiger) legen sofortige Beschwerde beim Bundesgerichtshof (BGH) ein. Daraufhin wird die Verhandlung in Stammheim unterbrochen. Am 22.10.1975entscheidet der BGH:

„Die sofortigen Beschwerden der Angeklagten gegen den Beschluß des Oberlandesgerichtes Stuttgart vom 30. September 1975 werden verworfen."

Im wesentlichen wiederholen die Bundesrichter in ihrem Beschluß das, was das Oberlandesgericht bereits geschreiben hatte. Der wichtigeste Unterschied besteht darin, daß die totale Rechtloserklärung des angefochtenen Beschlusses insofern durchbrochen wird, als die Gefangenen an der Verhandlung teilnehmen können (aber eben andererseits die Richter auch ohne Angeklagte verhandeln dürfen.)

„Solange die Angeklagten somit erkennen lassen, daß sie sich in ihrer Rolle als Angeklagte an der Hauptverhandlung beteiligen wollen, muß das Gericht sie zulassen, es sei denn, daß andere Gründe ihre Ausschließung rechtfertigen."

Weil die Argumentation in den beiden Beschlüssen ansonsten praktisch identisch ist, im folgenden nur noch einige Kernsätze der Bundesrichter.

Die ‚rechtliche' Grundlage des Ausschlusses ist der neue § 231 a StPO. Zu seiner Entstehung, seinem Zweck und seiner Auslegung meinen die Bundesrichter:

„Er wurde veranlaßt durch die Schwierigkeiten, welche die zum Personenkreis der ‚Rote Armee Fraktion' gerechneten Untersuchungsgefangenen den Strafverfolgungsbehörden dadurch bereiteten, daß sie insbesondere durch Hungerstreiks ihre Verhandlungsunfähigkeit gefährdeten. Die aufgrund dieser Initiative vom Gesetzgeber beschlossene Einführung des § 231 a StPO erwuchs somit aus der Erkenntnis, daß die bisherigen Mittel des Strafverfahrensrechtes nicht ausreichen, neuen Verhaltensformen inhaftierter Beschuldigter gerecht zu werden, die wie die Beschwerdeführer ohne Rücksicht auf ihr eigenes Leben versuchen, unter Ausnutzung rechtsstaatlicher Schranken der Verfahrensgestaltung ihre eigenen Maßstäbe an die Stelle der gesetzlichen, von den legitimen Staatsorganen interpretierten Normen zu setzen."

„Der Gesetzgeber folgte mit der in Rede stehenden Gesetzesänderung einem Gebot, das sich aus dem Rechtsstaatsprinzip der Verfassung ergibt. Dieses Prinzip enthält als wesentlichen Bestandteil die Idee der Gerechtigkeit und damit das Postulat der Aufrechterhaltung einer funktionfähigen Rechtspflege, ohne die der Gerechtigkeit nicht zum Durchbruch verholfen werden kann."

Die Auslegung des § 231 a StPO „darf nicht dazu führen, daß die Absicht des Gesetzgebers vereitelt wird, dem Tatrichter die Durchführung der Hauptverhandlung auch gegen solche Beschuldigte zu ermöglichen, die den staatlichen Organen jede Achtung versagen und mit allen Mitteln den geordneten Ablauf des Verfahrens zu stören suchen."

Nach den Ausführungen darüber, daß die Angeklagten verhandlungsunfähig im Sinne des § 231 a StPO seien, versuchen die Bundesrichter zu begründen, daß den Gefangenen dies auch selbst zuzurechnen ist. Ausgehend von ‚normalen' Haftbedingungen geben sie zunachst zu, daß die Gefangenen unter besonderen Bedingungen festgehalten werden:

„Es ist selbstverständlich, daß jede Haft, insbesondere aber eine ungewöhnlich lange, wie sie die Angeklagten zu erdulden hatten, ungünstige Einflusse auf den Gesundheitszustand und die geistig-seelische Verfassung des Betroffenen mit sich bringt. Das muß als unerwünschte aber unvermeidliche Folge der durch das Vorliegen der gesetzlichen Haftvoraussetzungen notwendig gewordenen Inhaftierung in Kauf genommen werden. Die Vollzugsverwaltungen wirken dem in der Regel durch eine Gestaltung des Haftvollzugs entgegen, der Gelegenheit zu Kontakten mit anderen Gefangenen und zu körperlicher Betätigung gibt.

Die Beschwerdeführer leben unter anderen Haftbedingungen. Sie müssen Beschrankungen auf sich nehmen, die nach dem Urteil von Prof. Rasch durch die ihnen gewährten ‚Privilegien' nicht aufgewogen werden. Indes haben sie diese ihre Verhandlungsunfähigkeit mitbedingenden Umstände selbst zu verantworten."

Diese Ansicht begründen die Richter mit der Zugehorigkeit der Gefangenen zur RAF, „ die den bestehenden Staat mit allen Mitteln bekämpft, seine Gesetze nicht als für sich verbindlich anerkennt und seine Organe, insbesondere die Organe der Justiz, mißachtet", und mit den schon bekannten Inhalten der sogenannten Zellenzirkulare.

„Die Gefahrlichkeit der Beschwerdeführer, die in den genannten Umstanden zum Ausdruck kommt, ließ den für die Gestaltung der Untersuchungshaft verantwortlichen Stellen keine andere Wahl als die, dem durch eine entsprechende Verschärfung der Haftbedingungen Rechnung zu tragen. Die Angeklagten und ihre Anwalte bezeichnen die dadurch bewirkte Haftform schon seit langem als menschenvernichtende Isolationsfolter. Das kann zwar nur als agi

tatorische Verleumdung verstanden werden, zumal die Haftbedingungen in ihrem Ausmaß und ihrer Dauer den Behörden erst durch das Verhalten der Angeklagten aufgezwungen worden sind. Es zeigt aber, daß diese sich der nachteiligen Wirkung der Haftbedingungen bewußt sind. Es kann nicht ernsthaft bezweifelt werden, daß sie angesichts ihrer überdurchschnittlichen Intelligenz auch die Auswirkungen der isolierenden Haftbedingungen auf ihre Verhandlungsfähigkeit, die durch das äußere Bild ihrer außergewöhnlichen Aktivität für die mit dem Vollzug und dem Strafverfahren befaßten Stellen zunächst verdeckt blieben, seit langem erkannt haben. Wenn sie gleichwohl seit Jahren das Verhalten fortsetzen, das die staatlichen Organe zur Anwendung dieser Haftbedingungen zwingt, so haben sie somit die Herbeiführung ihrer Verhandlungsunfähigkeit in Kauf genommen."

Auch die Hungerstreiks werden als Ursache der Verhandlungsunfähigkeit gesehen. Abschließend dazu meinen die Richter:

„Schließlich sind auch die verbalen Beteuerungen ohne Bedeutung, mit denen einzelne Beschwerdeführer ihren angeblichen Willen zum Ausdruck gebracht haben, durch den Hungerstreik ihre volle Verhandlungsfähigkeit erst herbeizuführen. Denn sie wollten dieses Ziel durch die Aufhebung der besonderen Haftbedingungen erreichen, die aus Sicherheitsgründen eben unmöglich war, solange sie, wie geschehen, nicht von ihren sicherheitsgefährdenden Aktivitäten ließen."

Der Beschluß endet mit den Sätzen:

„Auch unter rechtsstaatlichen Verhältnissen kann es einem Angeklagten nicht erlaubt sein, sich gegen seine Aburteilung in einer Weise zur Wehr zu setzen, welche die Durchführung des Verfahrens praktisch verhindert. Das Rechtsbewußtsein der rechtstreuen Bürger die täglich die Bestrafung Gestrauchelter wegen weit geringfügigerer Delikte erleben, als sie den Beschwerdeführern zur Last gelegt werden, würde sonst unabsehbaren Schaden nehmen.

gez. Scharpenseel, Mayer, Dr. Schauenburg".

LETZTE MELDUNG

UNFALL IM ATOMKRAFTWERK

FRANKFURT (ID) 20. November Bei einem schweren Unfall am Mittwoch letzter Woche im Kernkraftwerk Gundremmingen an der Donau sind die beiden Arbeiter Josef Ziegelmüller und Otto Huber tödlich verunglückt.

Die beiden Werksangehörigen sollten im Sicherheitsbehälter bei einer "routinemäßigen überholung,, ein defektes Ventil an der Druckleitung im Primärkreislauf (das Wasser, das den atomkern kühlt und die Turbine treibt, wird über diesen Kreislauf gefiltert und wieder ge[illegible]) reparieren. Dabei soll laut offiziellen Angaben der Absperr[illegible]ber des Ventils nicht funktioniert haben, wodurch vier Liter radioaktiver Dampf mit einem Druck von 60 atü und einer Temperatur von 270 Grad Celsius ausströmten. einer der Arbeiter konnte sich aus eigener Kraft aus dem Kühlpumpenraum retten. Er starb tags drauf in einer spezialklinik für Brandverletzte in Ludwigshafen. Der andere Arbeiter blieb im verseuchten Raum liegen und wurde später von einem Kraftwerkingenieur tot geborgen. Der Unfall passierte um 10.42 Uhr für die routinearbeiten soll der Reaktor morgens um 6 Uhr abgestellt worden sein.

Auf einer Pressekonferenz am Donnerstag hiess es, die radioaktive strahlung im Reaktor sei kurzzeitig um das 50fache des Normalen gestiegen, die Radioaktivität sei aber innerhalb von zwei Stunden wieder abgebaut worden (es wird die Luft abgesaugt und nach draussen geleitet) es sei auch Radioaktivität nach aussen gegangen.

Das bayrische Umweltministerium, die Polizei und die Kraftwerksleitung waren natürlich bemüht, den Unfall zu bagatellisieren: "Das hätte überall passieren können,,, "es handelt sich um einen bedauerlichen Betriebsunfall, der aber nicht kernkraftwerkspezifisch ist", "die Freisetzung radioaktiver Stoffe in der Umgebung war durch den Betriebsunfall nicht nennenswert erhöht und lag deutlich unterhalb der zulässigen Abgabewerte, so daß eine Gefährdung der Bevölkerung mit Sicherheit ausgeschlossen werden kann,, (die zulässigen werte sind zehn bis 100mal mehr als die norm)

Die Kraftwerksleitung (Bayernwerk des Rheinisch Westfälischen Elektrizitätswerkes) hat den in Gundremmingen Beschäftigten sofort Redeverbot erteilt.

Trotz und gerade wegen der schönen Beteuerungen herrscht berechtigter Zweifel an der offiziellen Schilderung des Hergangs. Die 60 Atü und die 270 Grad des herausschießenden radioaktiven Dampfes entsprechen nahezu dem Druck und der Temperatur bei betriebsmäßigem Zustand. Also: Entweder war der Reaktor überhaupt nicht abgeschaltet oder er wurde erst kurz zuvor abgestellt, und es unterlief eine Panne in der Kommunikation zwischen den Ingenieuren und den Arbeitern. Es ist ja bekannt, daß die Kernkraftwerke ungern außer Betrieb gesetzt werden, denn das kostet viel Geld: am Tag 400 Mark pro Megawatt. Das sind 100.000 Mark pro Tag für das Werk Gundremmingen.

Neben oder/und zusätzlich zu der offiziellen "Wahrheit,, gab es am Donnerstag in Gundremmingen folgende Informationen:

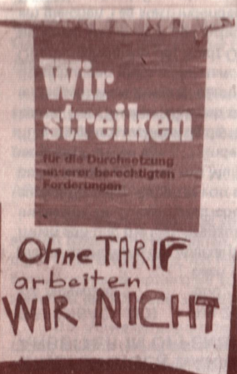
- die Arbeiter haben vergessen, ein Entlastungsventil zu öffnen wie es der Vorschrift entspricht – und sofort das Hauptventil aufgemacht
- 14 Betriebsangehörige sind radioaktiv verseucht worden
- in der Nacht zum Donnerstag hat sich der Reaktor um 1.15 Uhr über das Sicherheitssystem automatisch abgeschaltet
- der Reaktor ist eine viertel oder halbe Stunde nach dem Unfall wieder in Betrieb gewesen.

Der schwerverletzte Arbeiter war zunächst ins Krankenhaus nach Lauingen gebracht worden. Auf dem Weg dorthin und im Krankenhaus selbst kam er mit verschiedenen Personen in Berührung. Seine verseuchten Kleider und die Bettwäsche befanden sich am Donnerstag noch immer irgendwo im Krankenhaus.

Das Kernkraftwerk in Gundremmingen befindet sich seit 1966 in Betrieb. Bei dieser Laufzeit sind sämtliche Rohrleitungen im Primärkreislauf hochverseucht. Warum hatten die Arbeiter dennoch keine Schutzkleidung an?

Das Werk soll demnächst erweitert werden, und zwar um zwei 1.440 Megawatt Blöcke. die Baugenehmigung vom Bayrischen Innenministerium war für August dieses Jahres erwartet worden - sie blieb aber aus und soll nach Angaben aus dem Kraftwerk jetzt im Dezember fällig sein.

Das Bayernwerk hat in Zusammenarbeit mit Bürgermeister Schwarz von Gundremmingen schon alles schön vorbereitet. Die zum Ausbau notwendigen Grundstücke sind bereits Eigentum des Rheinisch Westfälischen Elektrizitätswerkes. Bürgermeister Schwarz hatte eigens dafür eine Verkaufsgemeinschaft gegründet.



Bei der Firma Eles endet der demokratische Sektor der BRD

Auf die eigne KRAFT vertrauen dem Szor auf die Schnauze hauen!

Ausbeutung! Überstund. aber kein tarifl. Urlaub Das machen wir nicht mehr mit

Vermög.-Bildung in Arbeitgeber- ... Auf Kosten

Ausländ. Arbeiter sind keine Menschen 2. Klasse

Dieser Betrieb wird bestreikt!

Jährlich schuften, aber keine Weihn.-Gratif. Mit uns nicht mehr

Überstunden leisten Aber keine Zuschläge bezahlen SO NICHT MEHR

Die Firma Eles sammelt Vermögen an- die Beschäftigten bekommen keine einzige DM Vermögenswirksame Leistung!!